

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ke 16.—  
vierteljährlich . . . . . 45.—  
halbjährig . . . . . 95.—  
jährig . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich (rüd)

6. Jahrgang.

Dienstag, 9. November 1926.

Nr. 261.

## Das letzte Mittel des Fascismus.

Das vorläufig letzte Attentat auf Mus-  
solini hat seine fascistische Anhängerschaft in  
Lobhude verjagt, es hat auch die innere  
Schwäche des Fascismus enthüllt. Wenn es  
nur auf Gewehre, Bajonette, Dolche und Re-  
volver ankäme, dann wäre die Macht des fa-  
scistischen Regimes eine große. Wahr ist es,  
daß das ganze italienische Volk am Boden  
liegt, wehrlos und ohnmächtig dem Terror der  
Mussolinischen Schwarzhemden ausgeliefert.  
Aber verrät es starke innere Kraft, wenn sich  
dieses ereignet: Ein junger Mensch, fast Knabe  
noch, schießt auf den Duce, darauf verwandelt  
sich ganz Italien in eine Festung im Belage-  
rungszustand? Ist es Kraft und Stärke, wenn  
der Fascismus eingestürzt, die Million Ge-  
wehre, mit denen er seine Herrschaft aufrecht  
erhält, genügt nicht mehr, um den Staat  
zu regieren, und er ebenso zu Taten der Un-  
gerechtigkeit greifen muß, wie zu außerordentlichen  
Gesetzesmaßnahmen, die alles bisher Dagewesene  
überbieten? In einer Reihe von Städten  
werden linksstehende Persönlichkeiten über-  
fallen, mißhandelt, ihr Eigentum vernichtet  
oder weggeschleppt, im Ventimiglia und Tri-  
polis werden französische Konsulate gestürmt,  
Arbeiterdruckereien werden zerstört, die ge-  
samte oppositionelle Presse verboten und die  
Fascisten wandeln ihre Miliz in eine Art Ge-  
heimpolizei um, die schwarze Listen von poli-  
tisch verdächtigen Personen anlegt und Listen  
von Personen, die als Spion für eine fascistische  
Bartholomäusnacht ausersuchen sind. Das ist  
Hohheit, Brutalität, Gewalt, Bestialität,  
Terrorismus, aber beweist dies auch wirkliche  
Kraft, zeugt es von Selbstbewußtsein und  
Heberlegenheit? Gemordete Menschen, ver-  
wüstete Häuser, zerstörte Druckereien, soziale  
Unterdrückung, weicher Scharfen — seit fünf  
Jahren werden diese Mittel angewendet, den-  
noch hat alles nichts geholfen, um Italien die  
ihm vom Fascismus verprochene Ruhe seiner  
Entwicklung zu sichern, er muß, um sich zu be-  
haupten, die Schrecken, die er verbreitet, ver-  
vielfachen, immer neue und gesteigerte Gewalt  
anwenden.

Der Fascismus ist durch Blut und Ge-  
walt zur Herrschaft gekommen, er kann sich  
nur durch Gewalt halten. Das System muß  
stets neues Blut vergießen und verstärkte in-  
quisitorische Maßnahmen treffen. Jetzt ist  
der Fascismus dabei angelangt, jeden, der  
sein Freund seiner Methoden ist, mit schweren  
Strafen, mit Zuchthaus, Zwangsaufenthalt  
und Entziehung seines Vermögens zu bestrafen.  
Mussolini's Minister hat am letzten  
Freitag Maßnahmen beschloffen, die alle Ge-  
ner des Fascismus außerhalb des Rechtes  
stellen. Die Haftbestimmungen werden anher-  
berordentlich verschärft, wer ohne Haft das Land  
verlassen will, auf den wird geschossen. Alle  
Tageszeitungen und Zeitschriften, die sich nicht  
zum Fascismus bekennen, werden auf unbe-  
stimmte Zeit verboten. Alle Parteien und  
Vereinigungen nichtfascistischen Charakters  
werden für aufgelöst erklärt, für politische Ver-  
brecher die Todesstrafe eingeführt. Wer eine  
Tätigkeit ausübt, die den „nationalen Inter-  
essen“ zuwiderläuft, oder wer eine aufgelöste  
Vereinigung wieder ins Leben zu rufen sucht,  
wird mit Gefängnis bis zu 15 Jahren bestraft.  
Heute schon schaut der Fascismus seine  
legenerische Einrichtung vor der Bevöl-  
kerung durch eine Armee von Bewaffneten,  
und wenn kein Abgott durch die Straßen fährt,  
steht eine Doppelfront von Fascisten, das Ge-  
wehr stich und schußbereit. Später, das Ge-  
weh stich den Fuchsen zugewendet, und jede ver-  
dächtig aussehende Bewegung eines Zuschauer  
kann diesen durch einen Bajonettschlag aus dem  
italienischen Paradies in eine andere Welt  
hinüberführen. Was soll aus noch kommen,  
wenn die neuesten Terrormaßnahmen verja-  
gen, wenn sich herausstellt, daß das Leben des  
leeren Säuglings vor der Liebe seiner ver-  
fluchten Untertanen noch immer nicht gebräut  
ist? Zweifelsdohne: das Regime ist am Ende

## Auch die Ausländer in Italien rechtlos. Weitgehende Ausweisungsbefugnis der Präfekten.

Rom, 8. November. Die Blätter veröffent-  
lichen den Text der Polizeivorlage, die morgen  
vor das Parlament kommen soll. Ungefähr 10  
Artikel dieser neuen Vorlage betreffen die Aus-  
länder. Die Ausländer werden sich auch fernherhin  
anmelden und sich eventuell der Polizei persö-  
lich vorstellen müssen. Jeder, der einem Auslän-  
der die Benutzung seines Eigentums oder die  
Ruhnutzung von Immobilien zugesetzt, wird  
verpflichtet, schriftlich der Polizei hiervon Mit-  
teilung zu machen.

Die Präfekten erhalten die Befugnis, im  
Interesse der Sicherheit des Landes von Auslän-  
dern den Aufenthalt in Gemeinden und Ort-  
schaften zu verbieten, die für die Landesverteidi-  
gung von Wichtigkeit sind. Die Präfekten sind be-  
fugt, aus den Grenzgemeinden die Auslän-

### Die bestellten Berchwörungen.

Paris, 8. November. Nach Meinung der  
Pariser Blätter wird Nicotini Garibaldi aus  
Frankreich ausgewiesen werden. Gestern traf  
seine Frau aus Nizza hier ein. Aus dem weiteren  
Verhöre in der Sicherheitsabteilung des Mini-  
steriums geht hervor, daß Garibaldi im Einber-  
nehmen mit der italienischen Polizei tatsächlich  
eine Bewegung in Italien in dem Augenblicke  
herbortreiben wollte, in welchem sich die katalo-  
nischen Verschwörer zum Ueberdrehen  
der spanischen Grenze rüsteten. Es scheint ausge-  
macht zu sein, daß Garibaldi mit den katalo-  
nischen Separatisten in Verbindung  
gestanden ist. Nach Mitternacht wurde von  
Garibaldi seinerzeit auch eine Legation für den  
Attentäter Lucetti als Angehörigen der  
Kampforganisation Garibaldi ausgefolgt. Sicher  
ist, daß Nicotini Garibaldi von der Absicht Lucetti  
unterrichtet war.

Garibaldi stand, wie jetzt erwiesen ist, seit dem  
1. Juni 1925 in den Diensten der italienischen  
Polizei.

Die gestrige Vernehmung, in welcher Gar-  
ibaldi größere Geständnisse machte, als bisher, hat  
vor allem drei Tatsachen bewiesen:

1. Garibaldi ist wochenlang vorher in Kennt-  
nis von dem Attentat Lucetti  
gegen Mussolini gewesen. Lucetti hat vor

seiner Kraft angekommen. Eine Steigerung  
in der Ausübung seiner Gewalt ist nicht mehr  
möglich. Das ist ungefähr die Geleitzgebung,  
die der Fasismus zur seiner Erhaltung an-  
wendete. Wie der Prozeß gegen die Kärner  
Rattocinis bewies, stand auch schon bisher das  
Gericht willfährig dem Fascismus zu Diensten,  
nunmehr fällt auch die letzte Aktion eines  
Rechtsstaates, denn alle dem fascistischen Re-  
gime feindlichen Personen werden nicht mehr  
vor Berufsrichter, sondern vor ein aus Offi-  
zieren der fascistischen Miliz zusammengesetztes  
Standgericht gestellt werden. Die Sicherung  
der staatlichen Ordnung und öffentlichen Ein-  
tracht ist für Mussolini nur mehr ein polizei-  
liches Problem. Er lebt im ärgsten Irrtum,  
wenn er glaubt, seine Gegner durch noch stär-  
kere Gewalt beirritzen zu können. Der Augen-  
blick muß kommen, wo diese Möglichkeit ein  
Ende findet und dieses Ende ist greifbar nahe.

Großspuria und barbeisch hat Mussolini  
das Jahr 1926 als das napoleonische Jahr des  
Fascismus angekündigt, gleichmäßig hat er  
„sein Volk“ den herrlichen Zeiten einer neuen  
römischen Volksherrschaft entgegenzuführen  
versprochen. Im ersten Monat dieses napoleo-  
nischen Jahres ist die außenpolitische Bilanz  
des Fascismus noch immer furchtbar klaglich.  
Seine ursprünglichen Erfolge in Abessinien  
sind durch Frankreich und England entwertet  
worden, der Versuch, von Frankreich Konzessionen  
in Tunis oder Syrien zu bekommen,  
ist gescheitert. Auf dem Balkan gab es nichts  
zu holen, die Errichtung des neuen römischen  
Imperiums ist bis zum Eintritt heftiger  
Witterung verjagt worden. Innenpolitisch ist  
die Bilanz nicht minder armütlich. Nur der  
grenzenlosen Ausbeutung der Arbeiterkraft ist  
es zuzuschreiben, daß nicht schon eine furchtbare  
Wirtschaftskrise über das Land hereingebrochen  
ist. Nur das soziale Dumping hat die italie-

der auszuweisen und Verjuche der Aus-  
länder, die Grenzen zu überschreiten, zurückzu-  
weisen. Schließlich werden die Präfekten im gan-  
zen Lande ermächtigt, Ausländer zwangswise  
nach der Grenze befördern zu lassen.

Rom, 8. November. Der fascistische Abge-  
ordnete Farinacci hat der Kammer einen An-  
trag unterbreitet, woznach alle diejenigen oppo-  
sitionellen Abgeordneten, die nicht mehr in der  
Kammer erschienen sind, ihres Mandates verlu-  
stig erklärt werden sollen.

Wie Giornale d'Italia aus Turin berichtet,  
sind 13 Provinzialräte von dem dortigen Präfe-  
kten ihres Amtes entbunden worden. Drei davon  
sind Kommunisten, die übrigen Sozialisten.

einigen Monaten eine Bombe gegen den  
Wagen Mussolinis geworfen. Der Duce  
wurde nicht getroffen. Vier Personen aber  
trugen schwere Verletzungen davon. Gar-  
ibaldi hat nun einige Zeit vor dem Attentat  
dem Chef der fascistischen Polizei in Rom  
geschrieben, daß er ihm eine sehr wichtige  
Mitteilung zu machen habe. Dieser aber  
reagierte nicht darauf. Das italienische Kon-  
sulat oder sonst eine italienische Behörde hat  
Garibaldi nicht benachrichtigt, weil er von  
seinen Auftraggebern den stillen Be-  
fehl hatte, nur dem römischen Polizei-  
chef zu berichten.

2. Der Chef der römischen Polizei  
wollte zu Beginn Oktober vier Tage lang in  
Paris. Bei diesem Aufenthalt wurde das  
Komplot der katalonischen Separatisten en-  
gänglich ausgehebt und gleichzeitig eine große  
antifascistische Verschwörung ins Auge ge-  
faßt, die der fascistischen Polizei mit einem  
Schlage eine große Zahl ihrer Gegner aus-  
liefern sollte.

3. Nach dieser Unterredung stellte Garibaldi  
dem Obersten Mucia eine Reihe von Ita-  
lienern zur Durchführung des katalonischen  
Separatisten-Putschs zur Verfügung. Er  
bot Mucia auch Geld angeboten zu haben,  
doch hat dieser augenscheinlich ab-  
gelehnt.

italischen Waren auf dem Weltmarkt bisher  
noch konkurrenzfähig erhalten, doch wird durch  
die Ausbeutung der Arbeiterkraft immer mehr  
der innere Markt zerstört. Die Verarmung der  
Volksmassen greift um sich, alle Brutalität des  
Fascismus hat nicht verhindern können, daß  
schon jetzt ernste Krisenzeichen wahrnehmbar  
sind, sie war nicht instand, auch nur eines der  
Probleme des italienischen Staates zu lösen.  
Es ist ein Reflektieren seiner Ohnmacht, wenn  
der Fascismus, der Ruhe, Sicherheit und  
Wohlstand dem Volke zu bringen verspricht,  
jetzt durch eines seiner Organe verstanden läßt:  
„Von heute ab muß die Rente aufhören, daß  
jeder nach seinem Kopfe denken könne.“ Das  
italienische Volk muß ein für allemal nach dem  
Geheiß des Fascismus auf das Denken ver-  
zichten. Der Fascismus kennt kein Recht mehr,  
sondern nur seine eigene Erhaltung.

Das also ist der Fascismus, für den die  
Bourgeoisie aller Länder so begeistert schwärmte  
und auch jetzt noch viel Sympathie zeigt. Wenn  
diese Begeisterung gegenwärtig etwas abge-  
flaut ist, so nur deshalb, weil der italienische  
Fascismus in Bezug auf die Hebung der  
Volkswirtschaft alles versprochen hat, aber  
nichts zu halten vermochte. Die politische Ge-  
staltung der Bourgeoisie orientiert sich nach  
ihrem Geldsack. Momentan scheint es für die-  
sen nicht lohnend, dem Beispiel Mussolinis  
nachzujahen. Daß der italienische Fascismus  
in dem von ihm beherrschten Lande eine Kri-  
senlage geschaffen hat, die seine Nachahmung  
auch für das Bürgertum nicht gerade anneh-  
menswert macht, darf die Arbeiterschaft  
nicht sorglos machen. Sie muß erkennen, daß  
nur eine einheitliche Organisation und streng-  
ste Wachsamkeit die Gefahr des Fascismus, der  
den Weg des italienischen Proletariats in ein  
Volksgeld verwandelt hat, dauernd bannen  
können!

## Die Slowaken - Regierungspartei

Bregburg, 8. November. Der Vollzugsaus-  
schuß der Slowakischen Volkspartei beschloß heute  
den Eintritt der Partei in die Regierung und lan-  
dierte für die beiden zu beschließenden Minister-  
posten mit Stimmenmehrheit die Abg. Dr. Tisso  
und Dr. Gazit.

## Der Wechsel vom 15. November. Die Steuerpolitik der bürgerlichen Regierung.

Die Wähler heimten heute den Dank der  
Bürgerlichen für ihre Stimmabgabe am  
15. November ein. Während laufende deutsche  
Wähler (auch Arbeiter) bürgerlich wählten in  
der Meinung, es komme nun die große nationale  
Ausgleichsrechnung, müssen sie nun mit Grauen  
erkennen, daß sie die Betrogenen sind. Ganz offen  
geschehen heute die Deutschbürgerlichen ein, daß es  
sich ihnen vor allem um die Befriedigung ihrer  
wirtschaftlichen Interessen handle. Daneben  
sollen dann auch so ziemlich alle sozialpolitischen  
Errungenschaften abgebaut werden. Wie furchtbar  
sich die Befriedigung der wirtschaftlichen Bedürf-  
nisse des Bürgertums und des mit ihm verbun-  
denen Großkapitals ansprechen wird, mögen einige  
wenige Zahlen dartun.

Dem Bürgertum geht es vor allem darum,  
die direkten Steuern so weit als möglich abzu-  
bauen. Die erste Gruppe bildet das Präliminare  
pro 1927. Es zeigt sich da folgendes Bild:

	1927	1926
in Tausenden K.		
Gewerbesteuer	219.000	250.000
Personen-Einkommensteuer	279.500	280.000
Kapitalsteuer	100.000	98.000
Landbesitzersteuer	17.000	17.500
Erbschaftsteuer	102.500	115.000
<b>Summa</b>	<b>718.100</b>	<b>761.000</b>

Das Bürgertum und das Großkapital haben  
sich also die sie direkt treffenden Steuern um die  
Mittelmittel von 43 1/2 Millionen Kronen ermäßigt.

Dem gegenüber hat man aber, eingedenk  
dessen, daß hier die große Masse der Beschäftigten  
zum Zahlen kommt, die indirekten Steuern in  
die Höhe geschraubt. Auch da mögen vor allem  
die Zahlen sprechen:

	1927	1926
in Tausenden K.		
Salz	1.043.480	807.989
Spezialsteuer	402.375	388.196
Zuckersteuer	590.000	172.492
Getreidesteuer	206.800	257.500
Alkoholsteuer	107.700	115.500
Rechtsteuer	230.000	300.000
<b>Summa</b>	<b>2.540.355</b>	<b>2.062.687</b>

Die Erhöhung beträgt also gegenüber 1926  
das weite Stämmchen von 500.668.000 Kronen.  
Dazu kommt nun noch die Umsatzsteuer. Sie  
wurde im Vorjahre mit 1.595.213.000 Kronen  
belegt mit 1.101.625.000 K als Einnahmsquelle  
für den Staat zuzüglich 787.300.000 Kronen an  
Ueberweisungen für die Selbstverwaltungskörper,  
zusammen also mit 1.888.925.000 Kronen veran-  
schlagt, d. h. um 293.721.000 Kronen mehr als  
im Vorjahre.

Die Erhöhung der indirekten Steuern, welche  
in erster Linie die Arbeitermassen treffen, beträgt  
also insgesamt 794.300.000 Kronen. Dazu kommt  
noch die allgemeine Preissteigerung, die vielfach  
verkürzte Arbeitszeit und die bevorstehenden Ver-  
schlechterungen der Sozialgesetzgebung.

Klar und deutlich zeichnet sich vor unseren  
Augen die Linie, auf welcher sich das geehrte  
Bürgertum bewegt, und die Linie, auf welcher  
man vor allem die Arbeiterklasse bringen will.  
In furchtbarer Weise rückt sich jetzt der ver-  
hängnisvolle Irrtum, von dem ein anscheinlicher  
Teil der Wähler befangen war, als er am  
15. November bürgerlich wählte. Das deutsche  
Bürgertum denkt nicht im Traum daran, die  
gegebenen Versprechen einzulösen. Sein Ziel ist,  
das Proletariat vollkommen wehrlos und zum  
willkürlichen Ausbeutungsobjekt zu machen. Auf-  
gabe der organisierten Arbeiterschaft muß es sein,  
dies klar zu erkennen und alle Vorbereitungen  
zur Abrechnung mit den Beträgern zu treffen.  
Der nächste Wahltag muß Wahltag sein. Jener,  
der mit Versprechungen kam, muß die Antwort  
zuteil werden, die sie ob ihres Wortbruchs ver-  
dienen. B. D.

# Der dritte Wohnungsfürsorgetag in Tetschen.

## Ein Referat des Stadtbaudirektors Rusil über die Belämpfung der Wohnungsnot in Wien. — Dr. Gruschka über das „Wohnungsminimum“. — Bericht und Debatte über den Bauförderungsentwurf.

Am Samstag begann im Tetschener Schützen-... unter starker Beteiligung von Vertretern der Gemeinden, Baugenossenschaften und Interessentenorganisationen der dritte deutsche Wohnungsfürsorgetag. Die Tagung fiel in eine für die weitere Gestaltung der Wohnungsfürsorge und der öffentlichen Bauförderung entscheidungsvolle Zeit. Er konnte aber den Erwartungen, die von seinen Verhandlungen eine präzise und eindeutige Stellungnahme zu dem vorliegenden Regierungsentwurf erhofft, nicht entsprechen, weil es einfach unmöglich ist, auf dem Boden einer neutralen Tagung die scharfen Gegensätze zwischen Mietern und Hausbesitzern auszutragen. So mußte sich der Wohnungsfürsorgetag darauf beschränken, die Regierung und die politischen Parteien an ihre Verpflichtungen im Kampfe gegen die Wohnungsnot zu erinnern und die Dringlichkeit einer großzügigen Lösung des schwerwiegenden Problems zu betonen.

Am ersten Verhandlungstage wurden die Berichte der Hauptstelle für Wohnungs- und Siedlungsfürsorge entgegengenommen, die vom Vorsitzenden Herrn Professor Bach sowie den beiden Amiswaltern Dr. Treusch-Bullar und Architekt Wühmann erstattet wurden. Es war daraus zu entnehmen, daß die Hauptstelle bemüht war, ihren Wirkungsbereich auszufüllen und insbesondere den Bauwerbern und Baugenossenschaften mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Die Berichte fanden einhellige Genehmigung. Daran schloß sich die Bormahme der *Renovation*, wobei Herr Professor Bach und Senator Genosse Böhm als Vorsitzende der Körperschaft gewählt wurden.

### Die Referate.

Infolge einer Umstellung der Tagesordnung erstattete bereits Samstag Stadtbaudirektor Rusil sein Referat über die *Bekämpfung der Wohnungsnot in Wien*. An der Hand zahlreicher Lichtbilder führte Dr. Rusil den Zuhörern die Großkaten vor Augen, welche die sozialdemokratische Gemeindegewalt auf dem Gebiete des Wohnungsbauwesens vollbracht hat. Seine tiefe Sachkenntnis trug dazu bei, der Zuhörerschaft ein eingehendes Bild der Bestrebungen der Gemeinde Wien auf wohnungspolitischen Gebiete zu verschaffen. Reicher Beifall belohnte seine Ausführungen, der nicht nur der Darstellung dieses erstklassigen Sachmannes, sondern vielmehr auch den bewundernswürdigen Leistungen der Stadt Wien galt.

Der Höhepunkt der Verhandlungen war das am Sonntag Vormittag erstattete Referat Dr. Gruschkas über

### das Wohnungsminimum.

Mit dem Rüstzeug der Wissenschaft, tiefgründigster Sachkenntnis und stärkster fühlender Betonung verfocht der Vortragende das Recht des Menschen auf ein gesundes Wohnen. Als das Wohnungsminimum bezeichnete er jenen Wohnraum, der den Anlassen weder Schädigung an Körper noch an Geist bringt. Nach Aufzählung der verschiedenen Wohnfunktionen stellte Dr. Gruschka die Forderung auf, daß jeder sein eigenes Bett haben müsse und daß die Schlafräume der Eltern und der heranwachsenden Kinder getrennt seien. Ein mit den hygienischen Anforderungen übereinstimmendes Wohnklima sei nur zu erzie-

len, wenn jede Wohnung direkt dem Sonnenlicht Zutritt gewährt. Der Lichtmangel ist die häufigste Ursache von Tuberkulose und Rachitis. Redner tritt in Konsequenz dieser Forderung für den Flachbau ein, weil er dem Sonnenlicht einen freieren Zutritt gewährt als der Hochbau und zugleich eine bessere Durchlüftung ermöglicht. Weiter beschäftigte sich der Vortragende mit dem Verhältnis von Mietzins und Einkommen, besonders bei den Kleinwohnungen. Er verwies auf das sogenannte Schwabische Gesetz, das durch Untersuchungen Kuczynskys erhärtet wurde, wonach die kleinsten Wohnungen zugleich die teuersten sind. Die Frage, wie wir zu billigen Wohnungen kommen, beantwortete die großzügigen Forderungen der reichsdeutschen Wohnungspolitik, namentlich des Berliner Stadtbaudirektors Martin Wagner, der die Baumeiße durch weitestgehende Rationalisierung und härtesten Einsatz öffentlicher Mittel begünstigen will. Zu den Wohnkosten kommen nach Gruschka außer dem Mietzins noch die vielen Auslagen hinzu, die der Mieter infolge unzulänglicher Wohnungsverhältnisse machen muß. Einen bedeutenden Teil macht der Alkoholkonsum aus, dessen Umfang dadurch beleuchtet wird, daß in den Russiger Gasthäusern allein jährlich 22 Millionen betrunken werden. Die schlechte Wohnungsverhältnisse bringt der Gesellschaft außerdem noch schwere Nachteile infolge verkürzter Arbeitsfähigkeit und frühen Tod. Ungeheure Summen werden dadurch verschlungen, weil unter den vorherrschenden Verhältnissen wichtige Wohnfunktionen außerhalb der Wohnung erfüllt werden müssen.

### Das Wohnungsminimum ist daher eine wirtschaftliche Notwendigkeit, die nur eine gemeinnützige Bauweise erfüllen kann.

Mit wichtigen Schlägen gestört der Vortragende die Legende, daß die heutige Wohnungsnot eine Folge des Krieges sei. Mit unüberleglichen Ziffern weist er nach, wie die berühmte „Normalität“ aussah und wie schon in der Zeit der „freien Wirtschaft“ auf dem Wohnungsmarkt nicht nur in den Großstädten, sondern auch in der deutschböhmisches Provinz die miserabelsten Unterkunftsverhältnisse geherrscht haben. Die freie Wirtschaft wird das Wohnungsproblem niemals lösen, denn wenn sie dazu fähig wäre, hätte sie schon längst Zeit gehabt, dies zu beweisen. Redner spricht zum Schluß die Erwartung aus, daß das bevölkerungspolitische Moment — die sinkende Geburtenzahl vor allem — die Peitsche sein wird, welche die Lösung des Wohnungsproblems erzwingt. Wenn wir nicht in der Lage sind, Wohnungen zu schaffen, wo unser Nachwuchs gesund aufwachsen und sich entfalten kann, so werden bald die kleinsten Wohnungen zu groß sein. Auf diesen Vortrag, der die ganze Tagung in atemloser Spannung gehalten hatte, folgte stürmischer Beifall.

An das Referat Gruschkas wurde über Vorschlag des Vorsitzenden gleich das Referat des Herrn Professor Rauchberg über

### die Politik des Wohnungsbeitrages und der Regierung

angeschlossen. Professor Rauchberg stellte die bisherige Bauförderung des Staates als „sehr gut

und wirksam“ hin und löst sie für eine größere Leistung als die Bautätigkeit der Stadt Wien (?). Mit dem Einstellen der öffentlichen Bauförderung mit Ende 1924 hat die frühere Regierungsmehrheit eine schwere Schuld auf sich geladen. Redner bespricht sodann ausführlich die Vorschläge des Wohnungsbeitrages, die Anregung des Reichlichen Bittermann und schließlich die neueste Regierungsvorlage, die seiner persönlichen Meinung nach „in jeder Hinsicht hervorragendes Werk ist.“ Mit Rücksicht auf eine vorherige Vereinbarung unterließ Professor Rauchberg in seinem Referate eine Stellungnahme zu den verschiedenen Streitpunkten der Bauförderungsreform.

Der Referent beantragte eine Entschließung in der es unter anderem heißt:

„Der dritte deutsche Wohnungsfürsorgetag beklagt es, daß das Bauförderungsgeleit am 31. Dezember 1924 abgelaufen und nicht mehr erneuert worden ist. Regierung und Parlamentsmehrheit haben dadurch die Fortdauer der Arbeitslosigkeit verschuldet.“

Die Entschließung betont in ihrem weiteren Wortlaut, in bezug auf den vorliegenden Gesetzentwurf der Regierung, daß er zu den einzelnen Bestimmungen nicht Stellung nehmen könne, welche den Interessengegensatz zwischen Mietern und Hausbesitzern berühren und führt dann fort:

„Der Wohnungsfürsorgetag begrüßt die Absicht der Regierung, den Weg der Provisorien nicht mehr zu betreten, sondern durch planmäßig zusammenwirkende Maßnahmen die dringend nötige Ordnung im Bau- und Wohnungswesen wieder herzustellen, den Wohnungsfürsorgefonds zum dauernden Träger der staatlichen Bauförderung auszugestalten, die Bautätigkeit durch wirksame Steuer- und Gebührenermäßigungen zu beleben. An alle beteiligten Kreise richtet der Wohnungsfürsorgetag die Mahnung, sich vor Augen zu halten, daß eine Lösung der Frage vom Standpunkt der einschlägigen Interessen ausgeschlossen und daß selbst eine mit Opfern verbundene Lösung der sonst unvermeidlichen Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes vorzuziehen ist. Die Regierung fordert der Wohnungsfürsorgetag auf, alle Verbesserungsvorschläge sorgfältig zu erwägen. Die deutschen Abgeordneten und Senatoren aber, in deren Hand nunmehr die Entscheidung liegt, mögen dessen eingedenk sein, daß das deutsche Volk von ihnen erwartet, daß sie auf die Verbesserung und rasche Erledigung der Regierungsvorlage eifrig hinarbeiten werden.“

In der den beiden Referaten folgenden Debatte, wies Genosse Jaksch auf die trostlosen Wohnungsverhältnisse in den industriellen und ländlichen Verhältnissen Deutschbodens hin. Die heutigen Zustände sind eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, denn es werden hauptsächlich durch die schlechten Wohnungsverhältnisse ununterbrochen Menschen hingemordet. Unter diesen Verhältnissen muß gegen den Standpunkt der Regierung Protest erhoben werden, die eine weitere direkte Verwendung von Staatsmitteln für gemeinnützige Bauförderung ablehnt.

„So lange wir Geld genug haben, jährlich zwei Milliarden für den Militarismus zu opfern und einen neuen Rüstungsfonds anzulegen, kann die Bevölkerung nicht begreifen, daß für kulturelle Rüstungszwecke kein Geld vorhanden sein soll.“

Der Hausbesitzervertreter Dr. Mareš polemisierte gegen Gruschka und behauptete, die Ursache der schlechten Wohnungsverhältnisse in der

Vorkriegszeit wäre die österreichische Hauszinssteuer gewesen. Herr Alfstadt vom Verband der Mieterkorporationen befragte die Beseitigung des kommunalen Wohnungsanforderungsrechtes und erklärte es für notwendig, daß die Gemeinden verpflichtet werden, nicht nur für die Möbel, sondern auch für die Familie der Deportierten zu sorgen. Als weiterer Mieterkorporationsvertreter sprach Rainisch-Haida, der insbesondere hervorhob, daß die Arbeiterschaft nicht in der Lage sein wird, bei den derzeitigen schlechten Löhnen die erhöhten Mietzinse zu bezahlen. In der Debatte wurden noch einige Anregungen für die weitere Gestaltung der öffentlichen Wohnungsfürsorge vorgebracht. Dr. Gruschka reagierte in seinem Schlußwort auf eine Bemerkung des Vertreters der Hausbesitzer, der behauptet hatte, daß die erstatteten Referate zu neun Zehntel sozialistisch waren. Er stellte fest, daß er keiner politischen Partei angehöre, doch wenn die Forderungen der Wissenschaft auf diesem Gebiete sozialistisch sind, so lasse er sich sehr gerne als einen Sozialisten bezeichnen. Die Tagung schritt hierauf zur Erledigung der Anträge.

Außer der vom Referenten Rauchberg beantragten Hauptentschließung lag dem Wohnungsfürsorgetag noch ein Antrag des Amisdirektors Dr. Keller-Karlssbad vor, welcher forderte, der neue Steuererkenntnis sei dahin abzuändern, daß:

1. die auf Grund der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen zustehenden Steuerbefreiungen ausdrücklich gewährt bleiben und zwar im vollen Ausmaß und daß

2. auch weiterhin die Zahl der Steuerbefreiungen von zehn auf zwanzig und von zwölf auf fünfzehn zwanzig Jahre — letzteres für Kleinwohnungsbauten — verlängert werde, damit der Mietzins in Neubauten nicht vorzeitig erhöht und der Bevölkerung die Haltung entsprechend geräumiger und kulturgemäßer Wohnungen ermöglicht wird.“

Ferner wurde ein Antrag des Staderrates Krainer-Gablonz eingebracht, dahingehend, daß bis zum Inkrafttreten eines neuen Bauförderungsgeleites im Verordnungswege die Steuer- und Umlagenfreiheit auf mindestens zwanzig Jahre auszusprechen ist. Ferner, daß bei der Verlängerung des Gesetzes über außerordentliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot einwandfrei festzulegen wäre, daß das Abermieten ganzer freierstehender möblierter Wohnungen keine Vermietung im Sinne des Wohnungsbeschlagnahmengesetzes, sondern eine Veräußerung für Geschäftszwecke darstellt und unstatthaft ist.

Die drei Entschließungen fanden einhellige Annahme. Eine längere Debatte entspann sich über einen Antrag aus Baumeisterkreisen, wonach jede Gemeinde das Ergebnis der geplanten Wohnbauabgabe für sich behalten und im eigenen Wirkungsbereich verwenden kann. Dieser Vorschlag wurde schließlich dem Hauptauschuß zur weiteren Beratung zugewiesen.

Damit fand die Tagung ihren Abschluß, deren Verhandlungen sich auf einer bemerkenswerten Höhe bewegt hatten. Es mag sein, daß vieles, was zur Beseitigung des herrschenden Wohnungsnotstandes vorgebracht wurde, sozialistischen Klang hatte, doch damit tritt der eigentliche Kernpunkt des Problems hervor. Je enger der Frage nähergetreten wird, umso mehr kommt die Tatsache zum Vorschein, daß mit rein privatrechtlichen Maßnahmen keine entscheidende Besserung herbeizuführen ist und daß jede großzügige Lösung des Wohnungsproblems sowie aller sozialen Probleme unserer Zeit nur in den Bahnen des Sozialismus möglich ist.

# Die Untersten.

Roman von Victor Rodd.

Der Schimmel trabte in einen stärker sich neigenden Hohlweg hinein. Nuten im Tal breitet sich das Dorf. Ueber den Mühlbachsteg rumpelt der Wagen, vorbei an morschen Weidenstümpfen. Klaffende Hunde springen ihm voraus. Gänse, Enten, Hühner flieben flügelstochend und schnatternd beiseite. In den Gehöften lärmt Hofsarbeit. Kühe dröhnen, und man riecht die Ställe.

Ganz von selbst bleibt der Schimmel vor dem Bäckerladen stehen. Der Knabe springt ab. Eine bäuerliche Frau tritt aus der Türe. „Guten Tag, Meisterin. — da bin ich!“ „Guten Tag of, mei lieber Walter, guff'n Tag.“ „Und hier ist noch jemand —!“ Damit hilft der Knabe dem schwarzwedelnden blinden Hunde vom Wagen.

Freundlich streichelt die Frau auch das Tier: „Ru ja, — da is ja der gute Ammi.“ Empfindungen, die in einer tiefen Etage wohnen, regten sich in dem Knaben sofort beim Betreten des Hauses. Im Flur stand — wie ein Kesselgewölbe in die Wand hinein gebaut, der große Kasten. Ein paar Stufen führten zur Feuerungshöhle, deren Glat der Gefelle eben anstürzte. Mit einem langstieligen Schieber holte er nun blaue, lederbraune und dunkelbraune Brote aus der oberen Kammer des Ofens heraus. Nachdem er sie auf ein schmales Brett abgelegt hatte, schob er die auf einem andern Brett bereitliegenden mehlsbestrichenen Teigstücke in die Tiefe hinein. In den Wohlgeruch des frischen Bodmerles mischte sich der Duft aus der dampfenden blauen Koffelkanne, die im halbgeöffneten

Hinterstückchen auf dem Tische neben einem Berg von süßem Streusüßchen auf die Ankömmlinge wartete.

Hinter dem Hause floß ein Graben. Erlen und Weiden, deren Zweige bis auf den Rosen niederhängen, fanden wie Philosophen über ihn hingeneigt. Auf dem klaren Grunde wuchsen dunkelgrüne Pflanzen, zwischen deren feinem Geäst allerlei Wassertierchen spielten. Käfer, Spinnen, Raukopfen, Frösche konnte man in dem Graben fangen.

Das hatte Walter schon am selben Nachmittage entdeckt. Während der Hund altertümlich im Geacke rührte, versuchte er mit der hohlen Hand zu fischen.

„Is der Ammi dort?“ Er erzählte sofort den tiefsten Sinn der Frage. Kam doch der Bäder mit einem Wanne durch den Graben, der eine Plinke auf dem Rücken trug. Er sprang rasch zu dem Hunde hin und umfahnte ihn schüchtern. In Tränen blinnte er zu den Männern auf: „Ach —!“ Doch der Bäder zog ihn hoch: „Dah of guff sein. Wie lange soll sich'n das Tier noch quagn? Geh of a Stüdel dort hin und ruf'n emall.“ „Ami, Ami!“ rief der Knabe mit schluchzender Stimme. Das Tier hob den Kopf. Der Schuß fiel.

Der Abend kroch aus der Erde und redete sich himmelwärts. Er wollte das Dunkel und schuf doch das Licht; denn schon spiegelte sich der blaße Mond im Leise rinnenden Wasser des Grabens. Ein Vogel zwitscherte traumunruhigen. Im Gehöft sang die Wogel ein schlüchtes Lied. Walter hatte dem toten Hunde den letzten Treuedienst erwiesen, ihm selbst das Grab geschaufelt und in der Arbeit seinen Schmerz gelindert. Er war gewidmen einer ruhigen Trauer, wie die graudunstige Dämmerung der durchsch-

tigen Nacht. Als eine Mutter in dunkeln Gewande trat die Nacht an des Knaben Bett, strich ihm lind über Stirn und Wangen, trockenete seine Tränen und schenkte ihm blühende Träume. Nachdem ihre Zeit abgelaufen und sie unhörbar von dannen geschlichen war, hüpfte der Morgen mit strahlender Schönheit in die Kammer. Die Sonne weckte den Schläfer. Mit beiden Füßen zugleich sprang er in den jungen Tag. Sein erster Gedanke galt Amis Grab. Er wollte es schmücken, Blumen drauf pflanzen, ein Kreuz auf den Hügel setzen mit einem Tafelchen drauf: „Hier ruht...“

Gute Reaktionen bereiten Schagen. Ein warmes Herz ist schätzbarer wie ein warmer Kachelofen im Winter. Die Armen, so da kalt sitzen!

Im Garten wars herrlich. Walter pflanzte und schmückte. Von der Straße her war ein kleines barfüßiges Mädchen an den Zaun getreten und lugte über die Johannisbeersträucher hinweg durch die bemosten Latten. Ein Pfingling der Sonne. Gebräunt waren Stirn, Wangen, Hals, Nacken, Brust, Arme und Hände. Beine und Füße. Schwarz und kraus die Haare. Dunkel wie Waldesdick die Augen; aber leuchtend rot, wie reife Erdbeeren die Lippen. Neugierig wie ein Kästchen war die Kleine. Sunbert Krogen spielten um ihren Mund. Was das schäutern. „Hi, Hi!“ oder die gekammelte Kraft des fragenden Blicks, was den spielenden Knaben zwang, aufzublicken? Ihm schien, als hätte der gelbe Zitronenhalber oder der schimmernde Reilmutter mit leibnen Flügeln sein Ohr gestreift.

Urteil — sie war das Kind am Zaun — wollte ihn fragen, weshalb er so traurig sei, und was das Kreuz auf dem Hügel bedeute, und was auf dem Stüdelchen daran geschrieben stand, und ob dort etwa jemand begraben liege, und wer dieser jemand sei, ob Vater oder Mutter, Schwester, Bruder oder wer sonst, und ob er diesen

jemand liebgehabt habe, — und noch vieles mehr. Statt ihrer fragte Walter, wie sie heiße, wer sie sei, woher sie komme.

Er trat zu ihr und bot ihr die Hand. Da ließ sie sich rasch vom Zaune gleiten. Sie legte ihre Hände auf den Rücken und wich schein zurück. Doch ihr Blick hing an keinem Gesicht.

Sie schauten sich an voll wunderbarer Reugier.

„Komm doch herein“, sagte Walter leise und schmeichelnd, als fürchtete er, sie zu verschrecken. „Hier ein Endchen raus kannst du durchdrücken.“

Sie wich noch weiter. Er wurde ungeduldig. „Du bist dumm, brauchst doch nicht anzurücken vor mir!“

Rückwärts tastend entfernte sie sich. Aber noch nachdem sie schon hinter der Biegung des Wegs verschwunden war, stand er und schaute. Aus seiner Verunsicherung erwachte, eilte er ihr nach. Am Ende des Dorfes holte er sie ein; gerade als sie den holprigen Mühlbachsteg betrat. Sie wandelte den Hohlweg zum höher gelegenen Walde hinan. Er folgte ihr in kurzem Abstand. Starres Verlangen, sich ihr zu nähern, sie zu rufen, wurde gehemmt von Scheu. Er fühlte Beklemmung, und sein Herz war voll Unruh. Im Schatten der mächtigen Borstämmen des Waldes wistete sie. Er ging vorüber; aber ihr nahe lagerte er sich ins duffende Moos.

Der Wald amerte tief. Sein spottender Ehem koste die lieblichen Kinder. Freyne Blumen, gelbe Weiden, schallblau und goldene Aelgen und bunte Schmetterlinge spielten in der warmen Luft. In der hochzeitlichen Pracht ihrer Leiden und glühenden Flügel umganzelten sie müniglich feuchte Waldblümchen.

„Dah du's gehern abend knallen hören?“ fragte der Junge behutlich, ums Mädchen nicht zu erschrecken.

(Fortsetzung folgt.)

# Inland.

## Parteivertretung der tschechischen Sozialdemokraten.

Sonntag fand die Tagung der Parteivertretung der tschechischen Sozialdemokraten in Prag ihren Abschluss. Nach einem Bericht des Obmannes der Arbeitervereine Sumpelhaus über die Vorbereitungen zur Arbeiterolympiade im Jahre 1927 gab Dr. Melichar eine ausführliche Uebersicht über die politische Situation und legte der Tagung eine entsprechende Resolution vor, die während der Verhandlungen von einer besonderen Kommission durchberaten wurde. Nach einer eingehenden Debatte wurde sodann die Resolution einstimmig genehmigt. In der Resolution wird zunächst festgestellt, daß die allnationale Koalition durch die Bürgerlichen, namentlich aber durch die agrarische Forderung nach festen Getreidepreisen, gestört wurde. Es heißt dann u. a. weiter:

Unter diesen Umständen war ein Verbleiben der Partei in der allnationalen Koalition unmöglich und auch eine Rückkehr der Partei in diese Koalition wäre heute nicht von Vorteil für die Arbeiterschaft. Diese Entscheidung soll nicht bedeuten, daß die Partei auch für die Zukunft auf das Recht verzichten würde, in der Koalition mitzuarbeiten, sie ist nur eine Konsequenz dessen, daß die bürgerlichen Parteien infolge der Veränderungen, die sich in ihrer Mitte vollzogen haben, nicht fähig sind, loyal mit den Sozialisten zusammenzuarbeiten.

Die Parteivertretung ist sich dessen bewußt, daß die Partei bei aktiver Beteiligung so mancher Uebel zu beseitigen vermöchte, sie hält es aber für unmöglich, dies in genügender Weise zu erreichen, wenn die Partei auch für die Zukunft auf das Recht verzichten würde, in der Koalition mitzuarbeiten, sie ist nur eine Konsequenz dessen, daß die bürgerlichen Parteien infolge der Veränderungen, die sich in ihrer Mitte vollzogen haben, nicht fähig sind, loyal mit den Sozialisten zusammenzuarbeiten.

Dadurch ist auch die Stellung der Partei zu der Regierung und Majorität gegeben. Die Parteivertretung beauftragt den Exekutivkomitee und die parlamentarischen Klubs der Partei, gegenüber der immer mehr aufstrebenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Reaktion alle Erregungsmomente zu verteilen, die auf diesem Gebiete erreicht wurden, und mit der allergrößten Entschiedenheit die Angriffe der Reaktion auf die Arbeiter auf den Fortschritt und die Demokratie abzuwehren. Ganz besonders aber fordert sie von ihnen, die Erregungsmomente der Sozialistischen Bewegung hinanzuführen und energisch auf die Lösung des laufenden Problems der Arbeitslosigkeit zu drängen. Ihr entschiedenes Vorgehen habe sich vor allem auch mit der Steuerreform der Regierung zu befassen, welche den dreifachen Gegenstand der Besprechungen bildet, mit denen die Steuerzahler Jahre lang verdrißelt wurden. Dieser Entwurf ist schädlich von Schaden für die Arbeiterschaft. Auch die Gesetzesvorlage über die Reorganisation der Finanzverwaltung beweist, daß die tschechisch-deutsche bürgerliche Koalition das Ziel verfehlt, in unerschütterter Weise die Kräfte der demokratischen Autonomie zu unterminieren, die in den allerersten Jahren ein großes Werk zum Nutzen des Volkes und der Republik geleistet hat. Gegen diesen Plan muß die Partei den allernäherliegenden Kampf führen.

Die Parteivertretung begrüßt den Fortschritt in der Vereinheitlichung und Annäherung mit den übrigen Parteien des konstitutionellen Sozialismus und namentlich des tschechischen Sozialismus zu den anderen nationalen sozialdemokratischen Parteien der Republik.

Mit Vergnügen begrüßt sie die Annäherung der sozialistischen Parteien, während sie mit Bedauern feststellen muß, daß die kommunistische Partei in der Tschechoslowakei auch unter den heutigen schweren Verhältnissen in dem unwürdigen destruktiven Kampfe gegen die Sozialdemokratie fortfährt, obwohl sie in keiner Weise ihren Kampf gegen das reaktionäre bürgerliche Regime verdeckt, demgegenüber sie sich mühsamer und verträglicher verhält, als gegenüber den früheren politischen Formationen, in denen unter Mithilfe der sozialistischen Parteien bedeutende Konzeptionen für die Arbeiterschaft erzielt worden waren.

Weiter wurde beschlossen, den nächsten Parteitag der tschechischen Sozialdemokratie für den 15. bis 18. April 1927 nach Prag einzuberufen.

**Die Landbändler und die deutsche Kultur.** Wie die Landbändler den Kampf um die deutsche Schule und damit um die kulturellen Güter der deutschen Nation überhaupt führen, zeigt mit aller wünschenswerten Deutlichkeit eine Polemik der „Deutschen Landpost“ gegen den „Sozialdemokraten“, die eine Antwort auf eine sehr berechtigige Frage darstellen soll. Wir halten uns die Anfrage erlaubt, was der Herr Minister Spina, der ehemals, und zwar vor gar nicht so langer Zeit Obmann des deutschen Schulausschusses war und seinerzeit einen Antrag auf Schaffung der Schulautonomie im Parlament eingebracht hat, für die bedrohte deutsche Schule in Langau gesteuert hat. Wir schreiben zu dem Fall Langau und zu der Rolle, die Spina nun spielt. Wichtig ist ihm nicht, die neuen tschechischen Schulverhältnisse zu verhindern, so zeigt sich noch klarer die völlige Wirkungslosigkeit der deutschen Sozialparteien in den einfachsten kulturellen Fragen. Die „Landpost“, die anscheinend mit sehr dümmen Leuten rechnet, antwortet in einer Notiz, in der sie denagogisch dem „Abgeordneten“ Spina spricht, obwohl wir an den Minister Spina appelliert haben. Sie tut sehr so, als ob der Herr Minister nur in seiner

Eigenschaft als Obmann des Schulausschusses das Recht und die Macht gehabt hätte, für die deutschen Schulen einzutreten. Die Agenda dieses Ausschusses habe er aber dem Obmannstellvertreter, dem Genossen Dr. Czoch, übergeben, der sich um die Schulkassen in Langau kümmern soll. Nun ist auch das eine Entstellung. Genosse Czoch hat als Obmannstellvertreter nichts anderes zu tun, als den Ausschuss zur Neuwahl des Obmannes einzuberufen. Vor allem aber haben wir ja nicht von dem Abgeordneten Spina und nicht von dem Obmann des Schulausschusses verlangt, daß er deutsche Schulen rette, sondern von dem Minister, der doch die Macht dazu hat. Die „Landpost“ glaubt sich aus der Schlinge zu ziehen, wenn sie uns auffordert, uns an Genossen Czoch zu wenden, „damit, was die „Bescheidenheit“ der deutschen Sozialparteien durchzusetzen nicht in der Lage ist, vielmehr doch der lächerlichsten Opposition des Herrn Dr. Czoch gelinge.“

Das heißt schon ernste Sorgen des deutschen Volkes zum Gegenstand alibierender Wände zu machen. Die Landbändler scheinen in der Freiheit einer solchen Argumentation die letzte Rettung zu erblicken. Da sie in der Regierung nichts erreichen können, machen sie die Opposition für die Mißerfolge verantwortlich. Dasselbe hätte die alltschechische Koalition den Deutschen gegenüber auch tun können und die „Landpost“ gesteht es auch, was sie etwa vor vier Jahren gesagt hätte, wenn ein tschechisches Regierungsblatt eine Forderung, gegen die der Herr Abgeordnete Spina, mit der Bemerkung beantwortet hätte, es sei nicht Sache der Regierung und der Mehrheit, sondern der Opposition, die deutschen Schulen zu retten. Damals hätte die „Landpost“ wahrscheinlich jene Antwort gefunden, die sie sich nun selbst geben mag. Die deutschen Wähler, die weiter um ihr Recht auf die eigene Schule gekämpft werden, sollten sich den dummen Witz des deutschen Regierungsblattes, das mit der deutschen Schule Schindluder treibt, für die große Abrechnung vormerken.

**Ein slowakisches Landmannministerium?** Die „Slovenský Noviny“ melden, daß den wichtigsten Punkt der Besprechungen der slowakischen Parlamentarier die Frage des Ministeriums für die Verwaltung der Slowakei sei. Da die slowakische Volkspartei bereit ist, die Leitung zweier Gauen zu übernehmen, erkenne sie damit die gegenwärtige Gemeinrichtung de facto an; die Einrichtung von Gauen moche aber das Reichsministerrium für die Verwaltung der Slowakei zu einer überflüssigen Institution und so denke man daran, den Sitz dieses Ministeriums nach Prag zu verlegen, wo es eine ähnliche Aufgabe zu erfüllen hätte wie die tschechischen Landmannministerien in Wien. Die Errichtung dieses Ministeriums wäre demnach eine Art Kompromiß zwischen der Institution der Gauen und den Autonomieforderungen der Slowaken.

Die tschechischen Gemeindefunktionäre gegen die Drofflung der Selbstverwaltung. In Brünn fand eine Tagung der tschechischen tschechischen Selbstverwaltungskörper statt, die von den Vertretern der Gewinde- und Straßenausschüsse im ganzen von etwa 300 Delegierten besucht war. Die Konferenz nahm eine Entschließung an, in der sie die Regierungsvorlage über die Drofflung der Selbstverwaltung ablehnt. Verlangt wird die Aufhebung des Heimatsrechtes und die Erhebung desselben durch die einheitliche Staatsbürgerschaft. Der Kongreß weist darauf hin, daß das Heimatsrecht heute veraltet ist und nur noch in der Armenpflege eine Begründung hat. Es wird nun vorgeschlagen, daß die Armenverpflegung der Staat übernehme, weil die Gemeindefunktionäre nicht mehr ausreichen. So weit es sich um die Arbeitslosigkeit handelt, verlangt der Kongreß ein Gesetz über die Zwangsmeldung der Arbeitslosen. Wenn so fordert der Kongreß, der Staat möge die Schulkassen übernehmen, weil die einheitliche Erziehung der Bevölkerung eine Angelegenheit des Staates ist. Ebenso sprach sich der Kongreß für staatliche Straßengabengebühren aus, weil auch diese Ausgaben die Kräfte der Gemeinden und Bezirke übersteigen. Der Kongreß forderte weiter, daß bei der Waldreform vor allem den Gemeinden Waldverträge zugestanden werden. Schließlich wird verlangt, der Staat möge mehr Rücksicht auf den Kredit der Gemeinden nehmen.

Der Budgetausschuß legte heute nachmittag die Debatte über das Schulbudget fort, worauf der Minister Dr. Hodza die deutschen Beschwerden über die Benachteiligung des deutschen Schulwesens zu entkräften suchte. Der Ausschuß ging dann noch in die Beratung der Kapitel Eisenbahnen, Post und Telegraph ein und vertagte sich dann gegen halb 10 Uhr abends am morgen.

**Neuer Präsident des Bodenanamtes.** Der bisherige Präsident des Bodenanamtes Dr. Blotowsky, der für die Zeit der Ausübung seines Abgeordnetenmandates beurlaubt war, hat auf diese Funktion verzichtet. Zum neuen Präsidenten des Bodenanamtes wurde der bisherige Sektionschef Dr. Johann Rosenfeld ernannt. Der neue Präsident steht im 38. Lebensjahr.

Die Disziplinuntersuchung gegen Gajda wird nicht, wie es ursprünglich hieß, in den nächsten Tagen beendet sein, sondern soll nach tschechischen Mittermeldungen noch einige Wochen beanspruchen, da sich im Laufe der Untersuchung große Schwierigkeiten ergaben.

**Senatsansprüche.** Sitzungen halten ab Mittwoch, den 10. November der verfassungsmäßige Ausschuß um 10 Uhr und der verfassungsmäßige Ausschuß um 15 Uhr; Donnerstag, den 11. November um 14 Uhr der Budgetausschuß.

# Der Herr Justizminister und die Wahrheit.

## Ein jesuitisches Dementi und seine Widerlegung.

Bekanntlich brachten wir vor mehreren Tagen die aufsehenerregende Meldung, daß der Justizminister Mahr-Harting von der tschechischen Rechtsparterie daran gehindert wurde, nach der parlamentarischen Gepflogenheit der Verhandlung seines Ressorts im Budgetausschuß beizuwohnen und dort zu einer Replik auf die Ausführungen der Debatte-rechner das Wort zu erheben. Wir wiesen damals darauf hin, daß diese trasse Bevormundung eines deutschen Ministers durch die Tschechisch bürgerlichen ein übles Vorzeichen für die großsprecherischen Ankündigungen der deutschen Regierungsparteien sei, schon durch ihren bedingungslosen Eintritt in die Regierung ein erträgliches Verhältnis zwischen Wahrheit und Lüge herzustellen und die berechtigten Ansprüche des deutschen Volkes einfach „via facti“ allmählich durchzusetzen.

Die Presse der deutschen Regierungsparteier, allen voran die hierale „Deutsche Presse“, hatte die cherne Stirn, diese ihnen freilich höchst unangenehmen Feststellungen einfach abzuleugnen. Namentlich die „Deutsche Presse“ gab eine Unterredung eines ihrer Redakteure mit dem Justizminister Dr. Mahr-Harting wieder, in der es hieß:

„Die Behauptung, Justizminister Dr. Mahr-Harting sei Donnerstag vormittags im Budgetausschuß gewesen, ist unklar; damit bricht von selbst jedes Gerücht über eine angebliche Kontroverse zusammen.“

Und weiter heißt es:

„Da sich die Verhandlung über das Innenministerium hinausgezogen und unterdessen eine bereits angelegte, dringliche Ministerkonferenz begonnen, konnte der Justizminister selbstverständlich nicht im Budgetausschuß erscheinen.“

Dieses Dementi hat der Herr Universitätsprofessor und Justizminister Dr. Mahr-Harting mit seinem Namen gedeckt; außerdem hat der Vorsitzende des Budgetausschusses Pradač, der die erwähnte Zeitungsmeldung natürlich ebenfalls dementierte, ausdrücklich auf das oben zitierte Dementi in der nächsten Folge der „Deutschen Presse“ hingewiesen und damit diese verlogene Richtigmeldung ebenfalls autorisiert.

Jeder, der auf Ministerworte noch etwas gibt, mußte daraus die Ueberzeugung gewinnen, daß tatsächlich gar nichts derartiges geschehen sei und daß wir uns unsere Meldung aus Besorgnis über unsern Ruf als Sensationslust einfach aus den Fingern gesogen hätten. Wir haben gleich nach Erscheinen dieses Dementis darauf hingewiesen, daß dem nicht so ist und daß es, wie sich immer klarer herausstellte, tatsächlich bei dieser Gelegenheit zu einem ersten Konflikt zwischen den deutschen und tschechischen Regierungsparteien kam, der nur dadurch beigelegt wurde, daß Mahr-Harting sich dem Diktat der tschechischen Koalitionsfreunde bedingungslos beugte und aller parlamentarischen Tradition entgegen den Verhandlungen des Budgetausschusses fernblieb.

Nun bringt die „Převrát“ Kova Doba in einem offenen Brief des Abgeordneten Genossen Kemeš einen neuen unumstößlichen Beweis für die Lügenhaftigkeit des oben zitierten Dementis. Kemeš apostrophiert dort den Justizminister u. a. folgend:

„Donnerstag, den 4. November, um 9 Uhr früh, kamen Sie in das Lokal des Budgetausschusses des Abgeordnetenhauses. Ich kam gerade in diesem Augenblick aus den Abgeordnetenbüros in den Vorhof, der ein Bestandteil des Sitzungssaales und von diesem nur durch einen Stoffvorhang abgeteilt ist. Dort haben Sie mich begegnet und in einem schlechten Tschechisch an mich die Frage gerichtet: „Ist hier der Herr Vorsitzende Pradač?“ Als ich Ihnen antwortete, daß dies nicht der Fall sei und daß er sich wahrscheinlich in den Lokalkabinen seines Klubs im ersten Stock aufhalten werde, gingen Sie mit mir zurück und wir führten gemeinsam im Aufzug aus dem Erdgeschoss in den ersten Stock. Sie gingen daraufhin in das Sekretariat des Klubs der Abgeordneten der republikanischen Partei, wo sich jene Begebenheiten abspielten, über die einige Zeitungen Meldungen brachten, die zu dementieren Sie für unweiblich erachteten.“

Es wird wohl auch dem Herrn Justizminister nicht einfallen, diese harten Feststellungen des Genossen Kemeš zu begehnen. Seine eigenen Pressefakeln werden sich wahrscheinlich hinter die echt jesuitische Auslegung zurückziehen wollen, eigentlich sei der Herr Justizminister ja doch nicht im Ausschuß, sondern nur im Vorraum des Ausschußzimmers gewesen, und damit behände das Dementi ja doch zu Recht. Man kann auf das verlogene Gestammel der erappten Lügner wirklich neugierig sein.

Auch die Äußerung von dem „wichtigen Minister“ ist natürlich eine verlegene Äußerung, da nach Zeitungsmeldungen sich der Minister erstens nur mit belanglosen laienhaften Angelegenheiten befaßte, zweitens eine Konferenz der Wirtschaftminister, die vorher stattgefunden sollte, eben aus dem Grunde verschoben wurde, um dem Minister Cerny das Erscheinen vor dem Budgetausschuß zu ermöglichen, woraus hervorgeht, daß eher eine Ministerbesprechung verschoben wird, als daß ein Minister der Debatte im Budgetausschuß fernbleiben müßte, und drittens hat die „Deutsche Presse“ uns immer noch nicht erklärt, warum der Herr Minister dann nicht wenigstens am Freitag vormittag im Ausschuß erschien, wo er doch sicher durch seinen Ministerat zurückgeholt war.

Wir aber fragen den Herrn Minister und die gesamte Öffentlichkeit, die es wahrscheinlich satt hat, sich derartig hinteres Licht führen zu lassen:

Ist es eines Politikers vom Range des Herrn Justizministers würdig, auf die Feststellung unangenehmer Nachrichten in einem Teil der Presse mit derartig jesuitischen Mähchen wie es die Abfassung des zitierten Dementis in seinem Heißblut war, zu reagieren? Hält er es für ein chelisches politisches Kampfmittel, auf solche Weise die Öffentlichkeit zu täuschen?

Und was sagen die Herren von der „Deutschen Presse“ dazu, die auf Grund dieses famosen Dementis mit hochherzigen Augenaufschlag Jeter und Moritz über die unwarhe Berichterstattung jener Presse schrieben, die es wagte, die Blamage ihres Ministers offen aufzudecken?

# Die Reichsregierung im Konflikt mit dem Reichstag.

## Sie weigert sich, einen Reichstagsbeschluss über die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung durchzuführen.

Berlin, 8. November. (Eigenbericht.) Im Reichstag gab es heute eine aufregende Sitzung bei der Behandlung der Arbeitslosenfürsorge. In Uebereinstimmung mit der Regierung hatten die Regierungsparteien im Ausschuß durchgeschickt, daß nur eine zehnprozentige Erhöhung der Unterstützung für die Hauptempfänger bewilligt werde. Die Sozialdemokraten beantragten stattdessen heute in der Plenarsitzung eine Erhöhung der Unterstützungssätze um 30 Prozent für Hauptempfänger und um 20 Prozent für die Familienzuschläge. Dieser Antrag wurde auch mit 205 gegen 141 Stimmen angenommen, und zwar stimmten auch die Deutschnationalen dafür, obwohl sie nachträglich erklärten, daß sie im Grunde gegen diesen Antrag seien.

Nach der Abstimmung erhob sich der Reichsarbeitsminister Brauns, um im Namen der anwesenden Regierungsvorteiler zu erklären, daß dieser Beschluß nicht durchgeführt würde.

Die Deutschnationalen begründeten ihre Zustimmung damit, daß sie den Regierungsparteien keine Möglichkeit geben wollten, um wechselseitig ihre Mehrheit zu regieren; die Sozialdemokraten habe dadurch Gelegenheit bekommen, zu zeigen, ob sie die praktischen und parlamentarischen Folgerungen aus der Annahme ihrer Anträge ziehen will.

Der sozialdemokratische Sprecher bezeichnete diese Taktik der Deutschnationalen als hinterhältig und um so verwerflicher, als sie sich auf dem Rücken der Arbeitslosen abspielte. Da ein Antrag auf Abbruch der Beratungen ebenfalls keine Mehrheit fand, machten die Regierungsparteien durch ihre Abwesenheit das Haus beschlußunfähig.

Man glaube zuerst, daß die Regierung die Folgerungen aus dieser Niederlage ziehen und zurücktreten werde. Am späten Abend hörte

man jedoch, daß sie das nicht tun werde, weil sie von der Anschauung ausgehe, daß der Beschluß des Reichstages für sie nicht bindend sei, da die Arbeitslosenfürsorge auf dem Verordnungsweg durchgeführt werde, es sich also um keine Vorlage der Regierung an den Reichstag handle, deren Ablehnung ein Misstrauensvotum bedeutete hätte.

Inzwischen hat die Regierung eine neue Verordnung veröffentlicht, in der die Höhe nur nach den Anträgen der Regierungsparteien erhöht werden.

## Telefonstreik in Oesterreich?

Passive Resistenz ab heute mit tag geplant.

Wien, 8. November. (Eigenbericht.) Die Regierung hatte vorige Woche den Bundesangehörigen Juchendämisse gemacht, durch die der Konflikt beigelegt wurde. Den Telegraphen- und Telephonangehörigen, die in der Technischen Union organisiert sind, verweigerte sie aber auch diese letzten Zugeständnisse. Infolgedessen hat die Technische Union am Samstag beschlossene, Dienstag früh mit der passiven Resistenz einzugehen. Heute haben neue Verhandlungen stattgefunden und die Regierung hat auch keine Zugeständnisse gemacht. Daraufhin hat die Technische Union beschlossen, um der Regierung und der Bevölkerung ihren guten Willen zu beweisen, den Beginn der passiven Resistenz auf morgen mittag zu verschieben, damit die Regierung die Möglichkeit habe, den Telegraphen- und Telephonangehörigen noch weiter entgegenzukommen.

Falls die Regierung kein genügendes Entgegenkommen beweist, würde morgen mittag die passive Resistenz beginnen, die zunächst den Telegraphen- und Telephonbetrieb lahmlegen würde.

Der Zucker soll schon wieder teurer werden.

Man muß sich die ganze Geschichte des Zuckerpreises in den letzten Monaten ins Gedächtnis rufen, um die ganze Infamie zu erkennen, die in der Absicht der Industriellen liegt, den Zucker ab 1. Dezember übermäßig zu verteuern.

II.

Die Beseitigung der Bodensperre bei den Großgrundbesitzern.

Bevor die Bodenreformgesetz beschlossen wurden, wurde über die Großgrundbesitzer die Sperre verhängt, d. h. kein Großgrundbesitzer durfte auch nur ein Stückchen seines Bodens ver-

kaufen, weil er ja sonst die auf Grund späterer Gelebe zu erfolgende Aufteilung des Bodens zu nichte gemacht hätte.

Hält man zu diesen Plänen der schwarz-grün-goldenen Regierung noch das Entgegenkommen des Bodensamtes dem Senator Ledebour gegenüber — der den größten Teil seiner Besitzungen behält — dann kann man sich eine Vorstellung machen, wie die Bodenreform künftighin praktiziert werden wird.

III.

Wirtschaftskrise und Unternehmergewinne.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit den Arbeitern, Risikogewinne den Unternehmern, das ist die heute geltende Arbeitsteilung.

In der Ankerzeit der weidmischen Reviere wurde, wie wir an anderer Stelle erwähnen, erzählt, daß es Häuer gibt, die unter Einfluß ihres Lebens — 50 bis 90 Kr. monatlich verdienen. Proletariat, die für 50 Kronen das Leben riskieren und

Tagesneuigkeiten.

Ein Denkmal für Viktor Adler und Bernerstorfer.

Auf dem Wiener Zentralfriedhof.

Samstag vormittags wurde auf dem Zentralfriedhof in Wien ein prachtvoller, vom Parteivorstand der österreichischen Sozialdemokratie errichtetes Grabdenkmal für Viktor Adler und Engelbert Bernerstorfer enthüllt.

Nach gelungener und musikalischer Vorträge unter Prof. Schoofs Leitung schilderte Bürgermeister Genosse Seitz, was Adler und Bernerstorfer für die Entwicklung des Proletariats in Österreich bedeutet haben, wie sie in nimmermüdem Wirken voll Tatkraft und Schaffensfreude an dem Ausbau der Partei, die Adler erst so recht bearbeitet hatte, gearbeitet haben.

Im Namen der Gewerkschaften erinnerte Hueber daran, daß die beiden Männer, denen heute das Ehrendenkmal gesetzt wird, zu den wahrhaft Großen der Partei gehören, die sich auch für die gewerkschaftliche Bewegung, der sie das größte Verdienst entgegengebracht haben, immer warm einsetzten.

Im Namen der österreichischen Genossenschaften wies Präsident Ederich darauf hin, wie sehr Adler und Bernerstorfer auch die genossenschaftliche Bewegung gefördert und sie über manche schwierige Zeit hinweggeführt hätten.

Schließlich ergriß Genosse Kusterlitz für die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ das Wort und zeichnete ein Bild Adlers und Bernerstorfers als Mitarbeiter der „Arbeiter-Zeitung“.

Nach dem Abingen des „Liedes der Arbeit“ und der Intonierung des Sozialhymnen wurde das Grabmal in die Obhut der Wiener Arbeiterkammer übernommen.

Der Feier hat auch Dr. Frisch Adler, sowie die Witwe nach Engelbert Bernerstorfer beigewohnt. In dem Grabmal, das gegenüber den Wörzobesitzern gelegen ist, wurden zahlreiche Kränze der Berufs- und Jugendorganisationen niedergelegt.

Die „Sozialistische Jugend“ konstituiert.

Das Organ unseres Jugendverbandes, das mutig gegen die Reaktion und gegen den Militarismus kämpft, ist der Beschlagsnahme verfallen. Der Jenfor fand Anstoß an einer Notiz, die die Handlungen der Karlsbader Jenforbehörde einer zwar scharfen, aber gerechten Kritik unterzog.

Völkische Ideale.

In dem in Braunau erscheinenden „Deutschen Boten“ ließ sich vor kurzem wieder einmal ein völkischer Geschrieb, der den stolzen Namen Dr. Schmidt-Bibichensfeld führt, darüber aus, daß es ein Unsinns sei, die klassenlose Gesellschaft zu erstreben.

Schweizer Parteitag.

Bern, 8. November. (Schw. D.-A.) Der sozialdemokratische Parteitag beschloß mit 249 gegen 71 Stimmen den grundsätzlichen Eintritt der Schweizer Sozialdemokratie in die zweite Internationale.

Rundfunk für Alle!

Programm für heute, Dienstag.

- Wien, 8. 11. 1924. 11.00: Mittagskonzert. 1. Sings. Grotzmann. 2. Sings. Czerny. 3. Sings. Czerny. 4. Sings. Czerny. 5. Sings. Czerny. 6. Sings. Czerny. 7. Sings. Czerny. 8. Sings. Czerny. 9. Sings. Czerny. 10. Sings. Czerny. 11. Sings. Czerny. 12. Sings. Czerny. 13. Sings. Czerny. 14. Sings. Czerny. 15. Sings. Czerny. 16. Sings. Czerny. 17. Sings. Czerny. 18. Sings. Czerny. 19. Sings. Czerny. 20. Sings. Czerny. 21. Sings. Czerny. 22. Sings. Czerny. 23. Sings. Czerny. 24. Sings. Czerny. 25. Sings. Czerny. 26. Sings. Czerny. 27. Sings. Czerny. 28. Sings. Czerny. 29. Sings. Czerny. 30. Sings. Czerny. 31. Sings. Czerny. 32. Sings. Czerny. 33. Sings. Czerny. 34. Sings. Czerny. 35. Sings. Czerny. 36. Sings. Czerny. 37. Sings. Czerny. 38. Sings. Czerny. 39. Sings. Czerny. 40. Sings. Czerny. 41. Sings. Czerny. 42. Sings. Czerny. 43. Sings. Czerny. 44. Sings. Czerny. 45. Sings. Czerny. 46. Sings. Czerny. 47. Sings. Czerny. 48. Sings. Czerny. 49. Sings. Czerny. 50. Sings. Czerny. 51. Sings. Czerny. 52. Sings. Czerny. 53. Sings. Czerny. 54. Sings. Czerny. 55. Sings. Czerny. 56. Sings. Czerny. 57. Sings. Czerny. 58. Sings. Czerny. 59. Sings. Czerny. 60. Sings. Czerny. 61. Sings. Czerny. 62. Sings. Czerny. 63. Sings. Czerny. 64. Sings. Czerny. 65. Sings. Czerny. 66. Sings. Czerny. 67. Sings. Czerny. 68. Sings. Czerny. 69. Sings. Czerny. 70. Sings. Czerny. 71. Sings. Czerny. 72. Sings. Czerny. 73. Sings. Czerny. 74. Sings. Czerny. 75. Sings. Czerny. 76. Sings. Czerny. 77. Sings. Czerny. 78. Sings. Czerny. 79. Sings. Czerny. 80. Sings. Czerny. 81. Sings. Czerny. 82. Sings. Czerny. 83. Sings. Czerny. 84. Sings. Czerny. 85. Sings. Czerny. 86. Sings. Czerny. 87. Sings. Czerny. 88. Sings. Czerny. 89. Sings. Czerny. 90. Sings. Czerny. 91. Sings. Czerny. 92. Sings. Czerny. 93. Sings. Czerny. 94. Sings. Czerny. 95. Sings. Czerny. 96. Sings. Czerny. 97. Sings. Czerny. 98. Sings. Czerny. 99. Sings. Czerny. 100. Sings. Czerny.

Am den siebenstündigen Arbeitstag

Konferenzen Baldwin's mit den Bergarbeitern.

London, 8. November. Baldwin empfing heute nachmittags Vertreter des Exekutivkomitees der Bergarbeiter, um sich über die Stellungnahme des Ausschusses zu der von der Regierung ausgearbeiteten Kompromißformel unterrichten zu lassen.

Deutschland.

Wien, 8. 11. 1924. 11.00: Mittagskonzert. 1. Sings. Grotzmann. 2. Sings. Czerny. 3. Sings. Czerny. 4. Sings. Czerny. 5. Sings. Czerny. 6. Sings. Czerny. 7. Sings. Czerny. 8. Sings. Czerny. 9. Sings. Czerny. 10. Sings. Czerny. 11. Sings. Czerny. 12. Sings. Czerny. 13. Sings. Czerny. 14. Sings. Czerny. 15. Sings. Czerny. 16. Sings. Czerny. 17. Sings. Czerny. 18. Sings. Czerny. 19. Sings. Czerny. 20. Sings. Czerny. 21. Sings. Czerny. 22. Sings. Czerny. 23. Sings. Czerny. 24. Sings. Czerny. 25. Sings. Czerny. 26. Sings. Czerny. 27. Sings. Czerny. 28. Sings. Czerny. 29. Sings. Czerny. 30. Sings. Czerny. 31. Sings. Czerny. 32. Sings. Czerny. 33. Sings. Czerny. 34. Sings. Czerny. 35. Sings. Czerny. 36. Sings. Czerny. 37. Sings. Czerny. 38. Sings. Czerny. 39. Sings. Czerny. 40. Sings. Czerny. 41. Sings. Czerny. 42. Sings. Czerny. 43. Sings. Czerny. 44. Sings. Czerny. 45. Sings. Czerny. 46. Sings. Czerny. 47. Sings. Czerny. 48. Sings. Czerny. 49. Sings. Czerny. 50. Sings. Czerny. 51. Sings. Czerny. 52. Sings. Czerny. 53. Sings. Czerny. 54. Sings. Czerny. 55. Sings. Czerny. 56. Sings. Czerny. 57. Sings. Czerny. 58. Sings. Czerny. 59. Sings. Czerny. 60. Sings. Czerny. 61. Sings. Czerny. 62. Sings. Czerny. 63. Sings. Czerny. 64. Sings. Czerny. 65. Sings. Czerny. 66. Sings. Czerny. 67. Sings. Czerny. 68. Sings. Czerny. 69. Sings. Czerny. 70. Sings. Czerny. 71. Sings. Czerny. 72. Sings. Czerny. 73. Sings. Czerny. 74. Sings. Czerny. 75. Sings. Czerny. 76. Sings. Czerny. 77. Sings. Czerny. 78. Sings. Czerny. 79. Sings. Czerny. 80. Sings. Czerny. 81. Sings. Czerny. 82. Sings. Czerny. 83. Sings. Czerny. 84. Sings. Czerny. 85. Sings. Czerny. 86. Sings. Czerny. 87. Sings. Czerny. 88. Sings. Czerny. 89. Sings. Czerny. 90. Sings. Czerny. 91. Sings. Czerny. 92. Sings. Czerny. 93. Sings. Czerny. 94. Sings. Czerny. 95. Sings. Czerny. 96. Sings. Czerny. 97. Sings. Czerny. 98. Sings. Czerny. 99. Sings. Czerny. 100. Sings. Czerny.

Sagen, daß die Großbauern eine Milliarde Kronen durch die Zölle profitieren, die Arbeiter aber die Erdäpfel nicht mehr bezahlen können, auf die Gesamtsumme der Güter kommt es an und nicht auf die Verteilung! Das völkische Endziel ist dann wahrscheinlich eine Gesellschaft, in der sich hunderte Millionen Menschen in Schwitz und Rot abrackern, damit ein paar tausend die Gesamtsumme der Güter genießen.

Vom roten zum schwarzen Hemd.

In einem Rahmen drückt sich die Höhe und der Niedergang des italienischen Nationalismus aus, der Weg vom schwarzem Idealismus zur sinkenden Gemeinheit, vom aufopfernden Heldentum zur gekauften Lachpfeife aus.

Auf dem nicht mehr ungetöblichen Weg.

In dem ländlichen Bortori Tobias, Hilbert ist, wie die „Rheinische Zeitung“ meldet, die gesamte kommunistische Jugendabteilung zu einer rechtsradikalen Organisation übergetreten.

Ein entgegenkommender Professor.

Der Assistent an der Wiener Technischen Hochschule Pascher, der wegen Verlaufs von Prüfungsfragen an Studenten angeklagt war, ist wegen Betrages zu acht Monaten schweren Kerkers verurteilt worden.

Wahrsagt verzeih.

Präsident Borsari ist die Witve der nächsten Woche nach Kgypten. Die Reise soll einen Monat dauern.

Aus dem Lande des ungehemmten Kapitalismus.

Nach einer jeden veröffentlichten offiziellen Statistik haben 74 Einwohner der Vereinigten Staaten, unter ihnen 39 Bewohner des Staates New York, ein Jahreseinkommen von mehr als einer Million Dollar.

Für 25 Millionen Lognat beschlageneht.

In einem New Yorker Barenhaus wurden dieser Tage von den Behörden eine halbe Million Gallonen Lognat im Werte von sechs Millionen Dollars beschlagnahmt.

**674.000 polnische Auswanderer!** Die Zahl der Auswanderer aus Polen wächst von Jahr zu Jahr. In der Statistik der letzten Jahre finden wir folgende Zahlen: 1924 75.000 Auswanderer, 1925 81.000, 1926 (nur die ersten sechs Monate) 110.000. Von 1919—1923 waren aus Polen ausgewandert 408.000 Personen, rechnen wir hierzu die Jahre 1924, 1925 und die ersten sechs Monate d. J., so ergibt sich insgesamt eine Auswandererzahl von 674.000 Personen. Wohlwahrlich sind dies nur Polen, da die Zahl der aus Polen ausgewanderten Deutschen hier nicht in Betracht gezogen ist. Die größte Zahl Polen hat Deutschland aufgenommen, nämlich in den ersten sechs Monaten dieses Jahres allein 40.937 Personen! Nach Frankreich sind in diesem Jahre 39.560 Polen ausgewandert, nach Kanada 9701, nach Argentinien 6569, nach den Vereinigten Staaten 3297, nach Brasilien 1371. Der Rest verteilt sich auf kleinere Länder.

**Einer, der sein Weib gegen ein Pferd eintauscht.** Einen „guten Tausch“ gedachte ein Korbhändler in Reichenhagen in Niederbarnim zu machen, indem er seine Frau gegen ein Pferd eintauschte. Der Partner, ein Pferdehändler, war allerdings nur um Scharf auf den Handel eingegangen und erklärte den Tausch nachträglich für ungültig. Dabon wollte aber der Korbhändler nichts wissen, und als der Eigentümer kein Pferd aus dem Stall holen wollte, merkte er die gewinnfällige Gelegenheit ihm mit dem Messer in die Hand und verlegte ihn schwer. Der Täter wurde verhaftet.

**Wetterkatastrophe in Süditalien.** Durch das Unwetter der letzten Nacht sind in Bari ungeheure Verwüstungen angerichtet worden. Zahlreiche Straßen der Stadt sind überflutet. Baracken und Quartiere wurden weggerissen. Automobile wurden auf der Straße blockiert, Eisenbahnzüge blieben auf der Strecke stehen. Häuser sind eingestürzt. Eine allgemeine Panik brach aus, die durch die Rettungsmaßnahmen der Truppen ein wenig beehigt wurde. Eine Mauer des Militärgefängnisses in Puglia ist eingestürzt. Dem Wasser mußte man durch Einstößen einer Mauer Abfluß verschaffen. Auch aus anderen Teilen Süditaliens werden große Wasserläufe gemeldet.

**Eine ledige Mutter löst ihre neugeborenen Zwillinge.** Die 20 Jahre alte, Gertrude Köhler erlitt dieses Tage bei der Gebärmutter in Wies und teilte mit, daß sie ihre beiden Kinder (Zwillinge) in den Wies-Ruß gezeugt habe. Sie gab an, daß sie im Februar die Bekanntschaft eines in Eger dienenden Grenadjers gemacht habe, der sich als Franz Brussa aus Pilsen ausgab. Am 26. Oktober schenkte sie im Egerer Krankenhaus zwei Mädchen das Leben. Am 3. November wurde sie mit ihren Kindern aus der Krankenhaus entlassen. Mittlerweile, am 29. Oktober, hatte der Soldat abgereist, nach am 3. fuhr Gertrude Köhler mit dem Juge nach Pilsen, übernachtete dort und forschte vergeblich nach dem Vater ihrer Kinder. Auch bei der Polizeidirektion war der Name Brussa unbekannt. Gertrude Köhler fuhr dann nach Wies, wo sie längere Zeit unbetreut, bis sie in ihrer Verzweiflung den Entschluß faßte, ihre Kinder in den Wies-Ruß zu werfen. Die Leichen der Kinder konnten bisher nicht gefunden werden.

**5 Millionen Mark für ein Bild geboten.** Die Schweizer Blätter berichten, soll ein solcher Amerikaner 5 Millionen Mark für die „Madonna“ des Künstlers Goltz geboten haben, die sich im Museum zu Solothurn befindet. Es wäre dies der höchste Preis, den ein Bild bezahlt wird, denn für das bisher teuerste Gemälde, Lianis „Bennis und Abonita“, wurden 4 Millionen Mark geboten. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß dies Gebot angenommen wird, denn die Bedingungen, unter denen das wunderbare Werk dem Museum überlassen wurde, schließen einen Verkauf aus.

**Das Todesopfer eines Wüstings.** Wir berichten vor einigen Tagen, daß der Russische Jolek in Kaschan ein vierjähriges Mädchen verewaltigt hatte. Das Mädchen ist dieser Tage im Kaiserlichen Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen. — Im Wald bei Toloplas (Bezirk Olmütz) machte sich dieser Tage ein Unhold an zwei Schulkinder heran und vergewaltigte das eine, ein vierjähriges Mädchen, während das andere entließ.

**In einem Wadenschuh gestorben.** Der 37 Jahre alte Kaufmann Ernst Krause aus Gakow am Wannsee bei Berlin hing an der Tod keine Uhr Schanze bei Berlin hing an der Tod keine Uhr geschickte Doppelflinte über die Schulter gehängt mit dem Kopf nach unten. Dabei schrie er und die Schussladung drang ihm in die linke Wade. Er droh sofort zusammen und wurde ins Krankenhaus gebracht, doch wurde er dort noch der Entlassung, bereits einhalb Stunden nach der Entlassung.

**Sechs Streifenarbeiter von einem Güterzug überfahren.** Auf der Straße Berlin—Hamburg fuhr am Samstag morgens um 6 Uhr ein von Hamburg kommender Güterzug bei der Station Dersowitz bei Wittorf in eine auf der Straße befindliche Arbeiterkolonne. Der Streifenarbeiter wurden auf der Stelle getötet, zwei so schwer verletzt, daß sie in bedenklichem Zustande im Krankenhaus zu Wittenberg eingeliefert werden mußten. Der eine hatte noch solche Geistesgegenwart, sich zwischen die Schienen zu werfen, so daß er heil davonkam. Die Getöteten sind Familienväter aus den benachbarten Orten. Das Unglück geschah dadurch, daß sich an der Arbeitsstelle unglücklicherweise im dichten Morgennebel drei Güterzüge und die Arbeiter die, wie verhängnisvoll wird, vorchriftsmäßig abgegebenen Warnungssignale nur auf den einen Zug bezogen haben.

# Zurchtbares Wohnungselend in Sowjetrußland

## Eine Darstellung des Organs der russischen Gewerkschaften „Trud.“

Der Zeitschrift der deutschen Gewerkschaften „Die Arbeit“ entnehmen wir eine Darstellung russischer Wohnungsverhältnisse von Paul Olberg. Was die Ausführungen besonders wertvoll macht sind einige Zitate aus dem offiziellen Organ der russischen Gewerkschaften.

Eine Erhebung, die Anfang 1924 in Moskau durchgeführt wurde, stellte folgendes fest: Von 80 Arbeiterfamilien hatten nur 12 eine eigene Wohnung; 64 Familien wohnten in einem oder in zwei Zimmern, in Wohnungen, die gemeinsam von einigen Familien gemietet wurden; 4 Familien wohnten zu zweien in einem Zimmer. Durchschnittlich bewohnten drei Familien ein Zimmer. Insgesamt wohnten die 80 Familien in 117 Zimmern; jede Person hatte eine Wohnfläche von 4,1 Quadratmeter.

Durchschnittlich kam auf je drei Mieter nur ein Bett.

Häufig wurde ein Bett gleichzeitig von drei Personen benutzt. Viele schliefen auf dem Fußboden, darunter 17 Prozent der Erwachsenen, 38 Prozent der Kinder. Von 170 Kindern hatten nur 34 eigene Betten. Tausende Arbeiter sind hier gezwungen, täglich 6 bis 8 Werst (1 Werst = 1,067 Kilometer) nach der Fabrik zurückzulegen; die Arbeiterwohnungen sind mit Ungeheuer verunreinigt. Die Arbeiter erscheinen übermüdet in der Fabrik.

Im Donezgebiet bewohnen nach einer Erhebung vom Januar 1923 von 88.788 Arbeitern 6378 Personen oder 8 Prozent keine Wohnungen, sondern Zimmerecke, 37.322 Personen oder 45 Prozent eine Zimmerecke, die im Grunde genommen nicht als Wohnfläche betrachtet werden kann, denn die Küche wird gewöhnlich vom Wohnraum abgeschlossen. Gewöhnlich wohnen im Donezgebiet 4 bis 5 Arbeiter in einem Zimmer.

In den staatlichen Metallwerken „Luzin“ (Ukrain) umfaßt die Wohnfläche 2 bis 4 Quadratmeter. In der chemischen Industrie leben 80 Prozent der Arbeiter unter äußerst unhygienischen Verhältnissen. Wie ein Sowjetpublizist bemerkt, leben 50 Prozent der Arbeiter der chemischen Industrie nicht, sondern schleppen sich durch ein erbärmliches Dasein unter Verhältnissen, die alle hygienischen Maßnahmen unmöglich machen. Das Zentralorgan der russischen Gewerkschaften schildert die Wohnungsverhältnisse in diesem Industriegebiet folgendermaßen:

**Enge und feuchte Baracken, halberfüllte oder vor dem Zusammenbruch stehende Kelleräume — in solchen Verhältnissen leben die Arbeiter der chemischen Industrie in Bondjugi.**

Aber auch solche Wohnräume sind nicht für alle vorhanden. Viele Arbeiterfamilien müssen

in den benachbarten Dörfern Unterkunft suchen und in den verwanzten Bauernhütten eine Schlafstelle mieten.

**Im Sommer fließt hier das Wasser durch die Dächer, im Winter ist es kalt.**

Durch die Löcher in den Wänden und durch die schlecht schließenden Fenster bläst der Wind. Im Herbst und im Frühjahr wird die Arbeiterbevölkerung durch Malariaepidemien heimgesucht. Der allgemeine Eindrud ist entsetzlich.

In demselben Gewerkschaftsorgan finden wir eine Schilderung der Wohnungsverhältnisse der Arbeiter einer großen staatlichen Spinnerei, die bei Moskau liegt. Dort heißt es u. a.:

„Die kleinen Räume, fast alle feucht, beherbergen oft ganze Familien von 9 bis 10 Personen. Die Arbeiter werden durch die nicht zu atmende Luft und die ungeheure Ueberfüllung ihrer Wohnungen erschöpft; unter diesen Umständen kann von ihnen kaum eine Erhöhung ihrer Leistung verlangt werden. Alte Frauen, junge Männer, Kinder, alte Männer und Mädchen wohnen zusammen in demselben Loch... Fast 50 Prozent der Arbeiter sind unterkühlt. Dagegen sind die Verwaltungsbeamten besser daran. Die Wohnungen sind geräumig, trocken, gut geheizt und vollkommen eingerichtet. Jeder Beamte hat 20 Quadratmeter zur Verfügung.“

Sehr verbreitet sind in Rußland als Arbeiterwohnungen die sogenannten Kasernen, bzw. Baracken. Wie liegen hier die Wohnungsverhältnisse? „Trud“ bringt eine erschöpfende Antwort darauf, die als charakteristisch für die Kasernen angesehen werden kann:

„Die meisten Arbeiter leben in unzureichenden Holzbaracken. Jeder hat 2,30 bis 4,50 Quadratmeter Wohnfläche. Die Luft wird durch den Rauch und Qualm der Öfen, die die Gebäude heizen, besonders ungesund. Es gibt keine Lüftung. Sie gilt als Lagers. Die Baracken sind sehr schmutzig. Nur selten werden die Fußböden aufgewaschen. Es wimmelt von Ungeziefer. Fast in allen Räumen wohnen Männer, Frauen und Kinder zusammen. Zwei oder drei Personen schlafen auf derselben Holzpritsche, die zugleich als Tisch und Sitzgelegenheit dient. Die Beleuchtung ist völlig ungenügend. Kaum kann ein Mensch mit normaler Sehkraft Gedrucktes entziffern. Die Küchen sind nicht sauberer als die Baracken und dienen auch als Ablage für das Holz zum Heizen. Im Frühling und Herbst kann man sich kaum diesen Baracken nähern, denn dann sind sie von einem Schlamm-See umgeben. Die sanitäre Aufsicht hat wiederholt Maßnahmen zur Besserung der Lage gefordert, doch die Besserung stellte sich kaum.“

Von all diesen Dingen haben uns die kommunistischen Rußlanddelegierten nichts erzählt.

# Volkswirtschaft.

## Die Betriebsrätewahlen im Ostrau-Karwiner Bergbaurevier.

Die am 3. November stattgefundenen Wahlen in die Betriebsräte der Bergbaubetriebe und Koksanstalten des Ostrau-Karwiner Reviers haben zwar den sozialdemokratischen Bergarbeiterorganisationen (Ewa, horniska und Union der Bergarbeiter) und der kommunistischen Sektion der Bergarbeiter im R. V. S. zweifelloh Resultate gebracht und für das nationaldemokratische faschistische „Karodni Brücken“ 32 Mandate im ganzen Revier errufen, aber den Jubel und den Triumphartikeln des „Ostravsky dennik“ und der „Karodni listy“ sowie der anderen faschistischen Blätter ist trotz alledem kein Anlaß vorhanden. Diese 32 Mandate der nationaldemokratischen „Arbeiter“ Organisation, welche sich auf 21 Bergbau- und Koksbetriebe verteilen, sind nämlich das Ergebnis eines ungeheuerlichen Terrorors gegen die durch die vielen Entlassungen der letzten einhalb Jahre und durch die Angst um die Existenz ermüdeten Bergarbeiter, von denen sich viele gerade von den Kommunisten enttäuscht abgewendet haben. Dieser Terror wurde und wird im Einvernehmen mit dem Sekretär des Karodni Brücken, Trifk, der aus dem kommunistischen Bergarbeitersekretariat vor einhalb Jahren direkt in den Nationaldemokraten überließ und seither unter den Bergarbeitern eine wilde Agitation für die gelbe nationaldemokratische Organisation betreibt, von den tschechischen Bergingenieuren und Betriebsbeamten (Obersteigern, Zeichnern und sonstigen Aufsichtern) in der brutalsten Weise ausgeübt und da diese Betriebsorgane die unmittelbare Aufsicht über die Bergarbeiter unverändert und oberwegs innehaben, ist es natürlich, daß sie nicht nur die beste Gelegenheit haben, die ihnen unerschöpflichen Arbeiter zu beiraten, sondern vielfach auch die Möglichkeit und Macht, ihrem Einfluß durch Schlägen und Verfolgungen Nachdruck zu geben. Alle diese tschechischen Bergingenieure und Betriebsbeamten auf den Schächten und Koksanstalten sind politisch in der nationaldemokratischen Partei organisiert und vielfach sogar radikal-faschistisch eingestellt, was schon das Streben nach vollständiger Verdrängung der deutschen Ingenieure und Betriebsbeamten mit sich bringt, und so ist es kein Wunder, daß die Agitation des Karodni Brücken an diesen Betrieben die eifrigsten Förderer findet. Diese För-

derung und die Zusammenarbeit mit Herrn Trifk, dem Kommunisten von gestern, geht so weit, daß bei den jetzt infolge der Konjunktur stattfindenden Renaunahmen von Arbeitern, z. B. auf dem Zubwojschacht und der zu ihm gehörigen Koksanstalt und dem Schacht „Profop“ (sanfter Betriebe der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft), vor allem Arbeiter bevorzugt werden, die sich mit der Mitgliedschaft des Karodni Brücken auszeichnen können! Man muß berücksichtigen, daß die Bergarbeiter, die seit Jahr und Tag nur 3—4 Schichten pro Woche arbeiten konnten, durch das dadurch bedingte Elend verächtet und ermüdet sind, daß viele von den kommunistischen Versprechungen, die nie erfüllt wurden, enttäuscht sind und auf diese Weise viel leichter der terroristischen Agitation der Trifk-Deute und dem Einfluß der mit ihnen verbündeten tschechischen Ingenieure und Betriebsbeamten, die ganz skrupellos vorgehen, erliegen mußten. Denn es ist auch schmerzhaft, daß die gelbe Arbeiterorganisation 32 Mandate errungen hat, welche den sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen verloren gegangen sind, so ist die Behauptung der faschistischen Presse, daß der Internationalismus eine schwere Niederlage erlitten habe und der Nationalismus unter den Bergarbeitern des Ostrau-Karwiner Reviers sich in siegreichem Vormarsch befinde, doch nur ein dummes Geklarke, ein Bomardierwerk, was sich am besten aus dem Vergleiche zwischen dem Ergebnis der heurigen Betriebsrätewahlen und dem der Wahlen im Jahre 1924 ergibt. Im Jahre 1924 waren 380 Mitglieder der Betriebsräte zu wählen und es erhielten damals: Ewa, horniska und Union der Bergarbeiter zusammen 172 Mandate, die kommunistische Bergarbeitersektion des R. V. S. 177 Mandate, die Christlichsozialen 17, die tschechischen Sozialisten 5, die Bilden 1 und die Brücken-Partei 4 Mandate. Bei den heurigen Wahlen waren, da die Arbeiterzahl sich vermindert hatte, nur 342 Mitglieder der Betriebsräte zu wählen und von diesen 342 Mandaten fielen zu: Dem Ewa, horniska und Union der Bergarbeiter 137, dem R. V. S. 142, den Christlichsozialen 15, den tschechischen Sozialisten 11, den Bilden 3, der Brücken-Partei 3 und dem faschistischen Karodni Brücken 32 Mandate. In Prozenten ausgedrückt vereinigten auf sich die sozialdemokratischen Kandidaten im Jahre 1924 43,7 Prozent und im Jahre 1926 39,9 Prozent der Mandate, die kommunistischen Kandidaten lister im Jahre 1924 45,9 Prozent und im Jahre 1926 nur 41,4 Prozent der Mandate, so daß der Verlust der Kommunisten 4,5 Prozent, hingegen

der Verlust der Sozialdemokraten bloß 3,8 Prozent der Mandate beträgt. Tatsächlich haben also die Kommunisten, die doch täglich in ihren Blättern ausführen, daß die übermächtigende Mehrheit der Bergarbeiter hinter ihnen stehe, und die schon vor 2 Jahren eine vernichtende Niederlage der Sozialdemokraten bei den Betriebsrätewahlen angekündigt hatten, eine größere Enttäuschung erlitten als die Sozialdemokraten! Auffallend ist auch, daß die faschistische Organisation gerade auf jenen Betrieben Kandidaten durchbringen konnte, auf welchen die Kommunisten härter sind als die Sozialdemokraten, was sich insbesondere auf den Betrieben Hedwig, Pokrsk und Ludovic, der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft, den Betrieb Anselm der Witkowitz Zementfabriken in Peierabach, dem Betrieb Jarabek der Ferdinands-Nordbahn, auf allen Betrieben der Ostrau-Lager-Gewerkschaft und den staatlichen Gruben in Foruba zeigt. Die nahe Nachbarschaft der kommunistischen und der faschistischen Demagogie erweist sich also auch hier. Die kommunistischen Wähler gehen nach dem Vorbild der kommunistischen Führer Tofekal und Trifk direkt aus dem kommunistischen Lager in das faschistische über und dieser Erscheinung sowie dem Druck und Terror der tschechischen Ingenieure und Betriebsbeamten verdankt die faschistische, gelbe Organisation ihre Wahlerfolge, die von den faschistischen Blättern natürlich zu einer Niederlage des Sozialismus und zu einem glanzvollen Siege des Nationalismus hinübergeschwippt werden. Die Ziffern des Wahlergebnisses und der Vergleich mit den Wahlen von 1924 zeigen aber, daß die übermächtigende Mehrheit der Bergarbeiter um Koffer des Ostrau-Karwiner-Reviers vom Faschismus und von der gelben Organisation des Ueberläufers Trifk nichts wissen will! Das ist ein erfreuliches Ergebnis der heurigen Betriebsrätewahlen und zugleich die sühere Verhellung, daß die gelbe faschistische Organisation des Karodni Brücken gewissermaßen doch nur eine Eintags-Zahmchiffelge ist.

## Konferenz der weltböhmischen Bergarbeiter.

Forderung nach einer Teuerungszulage. — Dauererwerbende von 50 bis 90 Kr wöchentlich. — Unwahre Berichterstattung des „Prager Tagblatt“.

Karlshad, 8. November. Im Falkenauer Bergarbeiterheim tagte Sonntag, den 7. November ein von 117 Betriebsräten aus allen Schächten besetzte Revierkonferenz, in der Genosse Grundi über die Beschlüsse der Reichskonferenz berichtete. Alle 24 Debatierredner erkannten die Notwendigkeit der Gewährung einer Teuerungszulage an, worauf eine Resolution zum Beschlusse erhoben wurde, in der festgestellt wird, daß Dauererwerbende von 50 bis 90 Kronen die Woche keine Seltenheit sind, während die Unternehmer große Mehrerwinne erzielen. In der Entschließung wird Verwahrung gegen die Berichterstattung des „Prager Tagblatt“ eingelegt, das von Bergarbeiterlöhnen von 700 bis 800 Kronen in vierzehn Tagen berichtet hatte. Die Konferenz betont, daß sie sich reslos hinter die Beschlüsse der Reichskonferenz vom 27. Oktober stellt und beauftragt die Koalition der Bergarbeiter, die Forderung auf Gewährung einer zwanzigprozentigen Teuerungszulage sofort zu überreichen. Die Konferenz schloß dann noch weitere vertrauliche Beschlüsse, mittels welcher der Koalition der Bergarbeiter im Falle der Ablehnung der Forderungen besondere Ermächtigungen erteilt werden.

## Der Außenhandel Sowjetrußlands und die Tschechoslowakei.

Wie das russische Volkswirtschaftsamt für Handel mitteilt, weist der Gesamtumsatz des Außenhandels der Sowjetunion über die europäischn Grenzen in elf Monaten des Wirtschaftsjahres 1925/26, im Vergleich mit der gleichen Zeit des Vorjahres nachfolgende Ziffern auf:

	in Millionen Rubeln	1925/26	1924/25
Ausfuhr . . . . .	542	428	
Einfuhr . . . . .	623	547	
Gesamtumsatz . . . . .	1165	1005	

Von diesem Gesamtumsatz in der Höhe von 1165 Millionen Rubeln entfielen auf die Tschechoslowakei 18,2 Millionen Rubel (über 300 Millionen Kr). Die Tschechoslowakei steht an achter Stelle, und zwar hinter England, Deutschland, den Vereinigten Staaten, Frankreich, Dänemark, Italien und Belgien.

## Der Streik der Prager Schlachthausgehilfen siegreich beendet.

Nach längeren Verhandlungen wurde der Streik der Schlachthausgehilfen in Prag für beendet erklärt. Die Ausprägung wurde seitens der Unternehmer widerrufen, die Gewerkschaftsorganisationen anerkannt. Die Arbeiter haben durch ihre Solidarität einen beachtenswerten Erfolg errungen.

	Gold	Devisen
100 tschechische Gulden . . . . .	1351.—	1357.—
100 Reichsmark . . . . .	801,87 1/2	805,87 1/2
100 belgische Francs . . . . .	429,50	422,50
100 Schweizer Francs . . . . .	670,75	653,75
1 Pfund Sterling . . . . .	163,47 1/2	161,07 1/2
100 Dine . . . . .	141,97 1/2	143,07 1/2
1 Dollar . . . . .	33,70	34.—
100 irische Francs . . . . .	110,67 1/2	112,67 1/2
100 Dine . . . . .	50,45	50,65
10.000 magarische Kronen . . . . .	4,70	4,80
100 polnische Zloty . . . . .	372,62 1/2	378,62 1/2
100 Schilling . . . . .	478,12 1/2	479,12 1/2

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar.

Kunst und Wissen. Ostdeutsche Gotik. Wo bleibt Böhmen?

Der Begriff: Ostdeutsche Gotik ist seit langem aufgestellt. Man weiß, daß im Osten, sowohl im Reich als auch in Ostpreußen...

Da brachte dieser Herbst gleich zwei solche Veranstaltungen, die das Gesamtbild ostdeutscher Gotik in Malerei und Plastik repräsentativ zeichnen...

In Kolonialland Schlesiens ist es eine feste Kunst voll eines resoluten plastischen Willens, und dabei von kräftiger innerer Spannung...

Die überreichliche Gotik, wie sie sich auf der Wiener Ausstellung darstellt, geht von Beeinflussungen durch die böhmische Malerei aus...

reichliches allmählich aus der gesamtdeutschen Beeinflussung herauskristallisiert unter beständigem elementarem Empfindungsantrieb...

Nördlich und südlich Böhmens als höchst wesentliche Gesamtdarstellungen mittelalterlicher Kunst. Und beide voller Hinweise auf Böhmen...

Dr. D. Schäfer.

Deutsche Theaterausstellung in Magdeburg 1927. Von Mai bis September nächsten Jahres findet die Deutsche Theaterausstellung Magdeburg 1927 statt...

Neuannahmen des Deutschen Landestheater. Franz Werfels dramatische Verneinung 'Paulus unter den Juden' wurde von Direktor Leopold Kramer zur Aufführung angenommen...

zu gleicher Zeit wie in Frankfurt uraufgeführt. Als weitere Kostüm wurde die Komödie 'Der Staat am Lustspieltheater' von Zwoiw erworben.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Dienstag: 'Großer Fluß'. Mittwoch: 'Die Braut von Messina'...

Spielplan der Kleinen Bühne. Dienstag: 'Frau Warrens Gewerbe'. Mittwoch: 'Meine entzückende Frau'...

Aus der Partei. Auf zur Gründung eines deutschen Arbeiter-Turn- und Sportvereines in Prag!

Ein alter Wunsch der deutschen Arbeiter- und Angestelltenvereine von Prag wird in den nächsten Tagen in Erfüllung gehen.

gründenden Versammlung,

die am Donnerstag, den 11. November 1926, im kleinen Feine-Saal, Jochova, um 8 Uhr abends stattfindet.

- Tagesordnung: 1. Konstituierung. 2. Referat des Genossen Jaskich über Wege und Ziele der proletarischen Körperkultur...

Deutsche Arbeiter und Angestellte von Prag! Wir rechnen auf eure tätige Anteilnahme und volle Unterstützung bei dem Aufbau dieser wichtigen proletarischen Kulturorganisation.

Mit 'Frei Heil!'

Der vorbereitende Ausschuss.

Turnen und Sport.

Bürgerlicher Sport.

Die Profi-Reiterschaft brachte am Sonntag im Spiele Slavia gegen Viktoria eine große Niederlage der Viktoria, die von der glänzenden spielenden Slavia-Stürmerreihe leicht Tore aufschloß...

Brager Filmbörse.

Zwei nette und gewiß lebenswerte Filme bringt die Ufa. Der eine ist die Verfilmung der bekannten Operette 'Die kühle Susanne' von Jean Gilbert...

Wardberndt, wird zur Verbanung nach Sibirien verurteilt, entkommt aber auf dem Wege und hält sich als Zirkusartistin verborgen...

Die Profi-Reiterschaft brachte am Sonntag im Spiele Slavia gegen Viktoria eine große Niederlage der Viktoria, die von der glänzenden spielenden Slavia-Stürmerreihe leicht Tore aufschloß...

Die Profi-Reiterschaft brachte am Sonntag im Spiele Slavia gegen Viktoria eine große Niederlage der Viktoria, die von der glänzenden spielenden Slavia-Stürmerreihe leicht Tore aufschloß...

Das Tempo nicht durch und verlor so beide Punkte. Der Schiedsrichter schießt.

Die Staatsamateurmeisterschaft brachte in der Vorkampagne in Auftrag die Sportbrüder Zbrodankin mit Zdenice Brunn zusammen...

Die Amateur gegen Proba VII 4:1 (0:1). Die blauen Amateure konnten sicher liegen, doch fehlte ihnen ein entsprechender Mittelfürmer...

Völker- und Städtepiele. Wien: Österreich schlägt Schweden 3:1 (2:1). Scherer Sieg der österreichischen Elf...

Zeitiger Fußball vom Sonntag. Prag: DPO Sturm gegen Slavia Znojmo 3:0 (1:0). Sportbrüder gegen Slavia Hluboká 3:2 (0:1)...

Die Profi-Reiterschaft brachte am Sonntag im Spiele Slavia gegen Viktoria eine große Niederlage der Viktoria, die von der glänzenden spielenden Slavia-Stürmerreihe leicht Tore aufschloß...

Die Profi-Reiterschaft brachte am Sonntag im Spiele Slavia gegen Viktoria eine große Niederlage der Viktoria, die von der glänzenden spielenden Slavia-Stürmerreihe leicht Tore aufschloß...

Die Profi-Reiterschaft brachte am Sonntag im Spiele Slavia gegen Viktoria eine große Niederlage der Viktoria, die von der glänzenden spielenden Slavia-Stürmerreihe leicht Tore aufschloß...

Die Profi-Reiterschaft brachte am Sonntag im Spiele Slavia gegen Viktoria eine große Niederlage der Viktoria, die von der glänzenden spielenden Slavia-Stürmerreihe leicht Tore aufschloß...

Die Profi-Reiterschaft brachte am Sonntag im Spiele Slavia gegen Viktoria eine große Niederlage der Viktoria, die von der glänzenden spielenden Slavia-Stürmerreihe leicht Tore aufschloß...

Die Profi-Reiterschaft brachte am Sonntag im Spiele Slavia gegen Viktoria eine große Niederlage der Viktoria, die von der glänzenden spielenden Slavia-Stürmerreihe leicht Tore aufschloß...

Die Profi-Reiterschaft brachte am Sonntag im Spiele Slavia gegen Viktoria eine große Niederlage der Viktoria, die von der glänzenden spielenden Slavia-Stürmerreihe leicht Tore aufschloß...

Die Profi-Reiterschaft brachte am Sonntag im Spiele Slavia gegen Viktoria eine große Niederlage der Viktoria, die von der glänzenden spielenden Slavia-Stürmerreihe leicht Tore aufschloß...

Die Profi-Reiterschaft brachte am Sonntag im Spiele Slavia gegen Viktoria eine große Niederlage der Viktoria, die von der glänzenden spielenden Slavia-Stürmerreihe leicht Tore aufschloß...

Die Profi-Reiterschaft brachte am Sonntag im Spiele Slavia gegen Viktoria eine große Niederlage der Viktoria, die von der glänzenden spielenden Slavia-Stürmerreihe leicht Tore aufschloß...

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT Gesellschaft m. beschr. Haft. empfiehlt sich den p. L. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckarbeiten wie: Tabellen, Böchern, Broschüren, Zeitungsbeilagen, Zirkularen, Mitteilungsblättern, Einladungen, Plakaten, Flug-schriften, Fakturen, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.